



11378

DIE LINKE Eisenach auf



STARTSEITE

VORSTAND

FRAKTION

ANFRAGEN

REDEN

AKTUELLES

TERMINE

SONSTIGES

KREISVERBAND

KATJA WOLF



Die **Linksjugend [solid] Eisenach** ist ein sozialistischer Jugendverband. Er wirkt meinungsbildend in der politischen Diskussion und hat den Anspruch, junge Menschen für politische Prozesse zu begeistern. Linksjugend [solid] versteht sich als Plattform für antikapitalistische Kritik, antifaschistische und antirassistische Aktion und emanzipatorische Politik. Linksjugend [solid] wirkt als eigenständiger Verband mit eigenem Profil für seine Ziele. Er ist der parteinahe Jugendverband der Partei DIE LINKE vor Ort und begleitet dessen politische Arbeit kritisch und solidarisch. Sein Engagement orientiert sich an dem Anspruch, Politik transparent und demokratisch im öffentlichen Raum zu praktizieren. Politische Bildung, der Eintritt in eine kulturelle Offensive von links und die bewusste Aktion sind Mittelpunkt seiner Arbeit. Ihr wollt an der Schule, in der

Herzlich Willkommen auf der Webseite [dielinke-eisenach.de](http://dielinke-eisenach.de)

Ganz herzlich begrüßen wir auch die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes.

„Im Übrigen werdet Ihr genauso wie wir von unserer Regierung verarscht! Auch Ihr seid das Volk!!!“



Wir freuen uns auf Ihren Besuch und laden Sie herzlich zu unseren stets öffentlichen Veranstaltungen ein. Unser Büro in der Georgenstrasse 25 ist für Sie von Montag 9.00- 16.00 Uhr Dienstag 9.00- 18.00 Uhr Mittwoch 9.00- 16.00 Uhr und nach Vereinbarung.

Katja Wolf : Gemeinsamer Protest gegen Nazis vor dem Landtag



Nachdem ich am Samstag gegen NPD in Eisenach auf die Strasse gegangen bin, werde ich mich auch morgen an den Protesten gegen die Kundgebung der NPD am Landtag beteiligen, sagt die Landtagsabgeordnete Katja Wolf. Am 15. September 1935 wurden im faschistischen Deutschland die antisemitischen „Nürnberger Gesetze“ beschlossen. Genau 76 Jahre später, am 15. September 2011, wollen die Neonazis der NPD in Erfurt vor dem Gebäude aufmarschieren, in dem die Gestapo, berüchtigte Folter- und Mordtruppe der Nazis, ihren Sitz hatten. Die NPD hat für den späten Nachmittag parallel zur Plenarsitzung eine Kundgebung am Landtag geplant.

Im Vorfeld dieser Kundgebung hat sich der Thüringer Landtag entschlossen, dass sich

das Parlament gemeinsam gegen diese bewusste Provokation wendet, da diese Kundgebung eben genau auf den Tag 76 Jahre nach der Verabschiedung der sogenannten Nürnberger Rassegesetze im Jahr 1935 stattfinden soll. Der Landtag wird an diesem Tag bewusst diesen Teil der deutschen Geschichte thematisieren und damit seinen Protest gegen die NPD ausdrücken. Das ist ein gutes Zeichen, resümiert Wolf, gemeinsam zu protestieren.

Man wird gemeinsam am morgigen Tag deutlich machen, dass in Thüringen kein Platz für extremistisches Gedankengut ist, sagt Wolf.

So wird es im Außenbereich eine szenische Lesung stattfinden. Ihr Titel lautet Ausgrenzung, Entrechtung, Vertreibung, Beraubung, Deportation, Zwangsarbeit und Ermordung. Sie veranschaulicht anhand zahlreicher Quellenzitate die Judenverfolgung in Deutschland und insbesondere in Thüringen. Es werden Rüdiger Bender (Förderkreis Erinnerungsort Topf & Söhne), Dr. Martin Borowsky (Deutsch-Israelische Gesellschaft) und Dr. Andreas Schneider (Bildungszentrum der Polizei) sowie Studierende der Universität Erfurt gemeinsam mit dem ehemaligen Buchenwald-Häftling Gert Schramm lesen. Im Foyer werden an einem kleinen Informationsstand der Landeszentrale für politische Bildung Publikationen zur Zeitgeschichte verteilt. Darüber hinaus ist geplant, im Anschluss an die NPD-Kundgebung symbolisch mit Besen und Kehrschaufel die Hinterlassenschaften der NPD-Kundgebung zu entsorgen.

Katja Wolf

Club der Rosa Luxemburg Stiftung lädt zur Veranstaltung zu China ein



Nach der Sommerpause meldet sich der Club der Rosa Luxemburg Stiftung Eisenach wieder zurück. Am 20.09.2011 lädt man um 19 Uhr in die Marienstraße



Berufsausbildung oder in eurem Umfeld etwas ändern, dann werdet aktiv, meldet euch unter [schenke.fischer@gmx.de](mailto:schenke.fischer@gmx.de).  
Rainer Schenke, solid Eisenach



57 in das Audimax ein.

An diesem Abend wird ein junger Linker Tobias Wolfram seine China Eindrücke präsentieren. Er hat von Reisen nach Beijing und Shanghai Eindrücke und Erfahrungen aus dem „Reich der Mitte“ mitgebracht, die er in seinem Vortrag mit der üblichen „westlichen“ Meinung über dieses Land vergleicht.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.



**ERFURT.** Eine Landesarbeitsgemeinschaft "Laizismus" in und bei der Partei DIE LINKE.Thüringen hat sich am 10.September in der Landeshauptstadt konstituiert. Die LAG "Laizismus" zählt derzeit bereits 23 eingetragene Mitglieder aus sechs Kreisverbänden. Als Landessprecherin bzw. -sprecher wurden einstimmig gewählt: Kristin Kretschmer (Jena) und Siegfried R. Krebs (Weimar). Weitere Vorstandsmitglieder sind Helga Borchert (Sömmerda) und Uwe Schenke (KV Eisenach).

Drei der vier Vorständler: v.l. Uwe Schenke, Kristin Kretschmer, Siegfried R. Krebs.

In der Gründungserklärung dieses neuen innerparteilichen Zusammenschlusses heißt es u.a.: Die LAG „Laizismus“ in der Partei DIE LINKE.Thüringen setzt sich ein für den Laizismus als einer Säule für einen demokratischen und sozialen Staat entsprechend folgendem Leitmotiv: „DIE LINKE bekennt sich zur Religions- und Meinungsfreiheit ebenso wie zur strikten Neutralität gegenüber allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Sie betrachtet das religiöse Bekenntnis und dessen Ausübung als individuelles Freiheitsrecht in der Verantwortung des Individuums. Sie wendet gegen jede Privilegierung und Diskriminierung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und fordert von diesen die Achtung und Befolgung aller im Grundgesetz und anderen Rechtsvorschriften vorgegebenen Regelungen. DIE LINKE setzt sich ein für eine klare Trennung von Staat und Religionen/Weltanschauungen im Sinne eines konsequenten Laizismus.“

Zur Umsetzung dieses Grundsatzes beschloß die Versammlung ein ausführliches 10-Punkte-Positionspapier mit Forderungen an die Landes- und Bundespolitik; darin heißt es u.a.:

1. Gesetze und öffentlicher Raum müssen religiös und weltanschaulich neutral sein.
2. Das öffentliche Bildungswesen muß religiös und weltanschaulich neutral sein.
3. Ablösung der sogenannten Staatsleistungen an die Kirchen.
4. Abschaffung von Rechtsprivilegien der beiden sogenannten Amtskirchen.
5. Abschaffung von Steuerprivilegien der Kirchen.
6. Abschaffung von Finanzprivilegien derjenigen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die K.d.ö.R. sind.
7. Beendigung der amtskirchlichen Priesterausbildung auf Kosten des Staates.
8. Allgemein übliche Mitarbeiterrechte auch für die Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen und Betrieben.
9. Keine öffentliche Militärseelsorge mehr.
10. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat kein Kirchenfunk zu sein.

Uwe Schenke, Eisenach



#### **Katja Wolf (Die Linke.): Die Grundsteuererhöhung - Aufwand und Nutzen mehr als fraglich**

Vor einiger Zeit hat der Stadtrat beschlossen die Grundsteuer zu erhöhen. Momentan gehen die Briefe an die Betroffenen Haus- und Garagenbesitzer raus. Schon damals sprach sich meine Fraktion gegen die Erhöhung im Eisenacher Stadtrat aus. Die Mehrheit dort beschloß aber zur Gesundung der Stadt die Grundsteuer auf 400 v.H. anzuheben. Praxisbeispiele zeigen aber nun deutlich, dass es so mit der Genesung der Stadtfinanzen so nix werden kann. Bei vielen Betroffenen liegt die Erhöhung im Cent Bereich. Ein Betroffener Bürger zeigte mir seinen Bescheid 0,25 Euro. Stellt man den Verwaltungsaufwand und das Porto gegenüber, muss man schnell feststellen, dass mit der Erhöhung keinem geholfen wurde. „Bei solchen Beträgen hätte es die Verwaltung lieber lassen sollen“, resümiert die Stadträtin.

Das wäre auch möglich, weil nach der Rechtsprechung in atypischen Fällen von der Abgabenerhebung abgesehen werden kann. Ein atypischer Fall liegt beispielsweise dann vor, wenn die Steuereintreibung mehr Kosten verursacht, als dadurch eingenommen werden kann, sagt Katja Wolf abschließend.



#### **Katja Wolf: Abwasserinvestitionen müssen überprüft werden**

Angeichts der absehbar zurückgehenden Landesförderung für Investitionen im Abwasserbereich und des gegenwärtig durch Zweckverbände in Thüringen weitergehenden Kläranlagenbaus sei zu befürchten, „dass die Bürger noch stärker als bisher schon zur Kasse gebeten werden“, so Katja Wolf, Abgeordnete der Linksfraktion, am Montag in einem Pressegespräch. Zusammen ihrem Kollegen Tilo Kummer forderte sie die Landesregierung auf, nach Wegen zu suchen, um diese Belastungen zu verringern. Bisher sind 71 Prozent der Thüringer Bevölkerung an Kläranlagensystemen angeschlossen. Dabei hat eine Analyse der Gewässersituation in Thüringen ergeben, dass „Anschlussgrad und Gewässergüte nicht unbedingt etwas miteinander zu tun haben“, wie Tilo Kummer betonte. Er schlug daher vor, Abwasser-Investitionen dort



[Tacheles](#)

[\\$\\$\\$zum Anwalt\\$\\$\\$](#)

Geschäftsstelle Eisenach

Georgenstraße 25  
99817 Eisenach

Fon: 03691 -735218  
Fax: 03691 - 73 52 19



[dielinke-eisenach@web.de](mailto:dielinke-eisenach@web.de)

[Impressum](#)



zurückzustellen, wo die Gewässerqualität die EU-Kriterien erfüllt. Wo es trotz eines hohen Anschlussgrades bedenkliche Stickstoff- und Phosphat-Einträge gebe, müsse der Verantwortung der Landwirtschaft nachgegangen werden.

#### Veranstaltungshinweis

Am 16. September 2011 um 18.00 Uhr findet im Abgeordnetenbüro Frank Kuschel, Kurhausstraße 6, 36433 Bad Salzungen eine Bildungsveranstaltung statt.

**" Globalisierung - Schneller,Weiter,Globaler - moderne Globalisierung verstehen!"**

**Ob in den Medien, in der Wirtschaft oder im Alltag : das Wort "Globalisierung" begegnet uns immer wieder.**

Doch was heißt das eigentlich und was bedeutet das für unser Leben und unsere Zukunft.

Wir wollen in der Veranstaltung einen Blick auf die aktuellen Diskussionen werfen und ein wenig zur Aufhellung beitragen.

Der Wunsch für diese Veranstaltung kam von Jugendlichen aus dem Raum Bad Salzungen.

Aber auch Euch möchte ich dazu recht herzlich einladen.

Mit solidarischen Grüßen

Anja Müller

An alle Vereine, Verbände, Organisationen, Einwohnerinnen und Einwohner in Eisenach

Sehr geehrte Eisenacherinnen und Eisenacher, werte Gäste,

die NPD wird am Samstag, den 10.09.2011 in Eisenach eine landesweite Demonstration durchführen. Mit ihrem Aufruf „Deutschland den Deutschen- Wir sind das Volk“ hetzt sie offensiv gegen Menschen aus anderen Ländern. Rechtsextremes Gedankengut führte schon oft zu Krieg, Gewalt und Tod. Das Attentat in Oslo und auf Utøya, das jüngste Beispiel dafür, mahnt uns: „Wehret den Anfängen und den geistigen Brandstiftern!“

Wir, das Eisenacher Bündnis gegen Rechtsextremismus, werden am 10.09.2011, mit einer Kundgebung und einer Demonstration ein Zeichen für ein weltoffenes und demokratisches Eisenach setzen.

Beginn: 11.30 Uhr am Bahnhof. Ab 12 Uhr Demonstration vom Bahnhof zum Karlsplatz. Kundgebung und Aktionen. Danach Demonstration durch die Innenstadt bis zum Theater, wo die Abschlusskundgebung stattfindet.

Die Veranstaltungen stehen unter dem Motto: „**BUNTE VIELFALT STATT BRAUNER EINFALT!**“

Wir rufen alle Eisenacherinnen und Eisenacher auf, sich an unserer Demonstration und Kundgebung zu beteiligen. Zeigen Sie damit, dass Eisenach vielfältig und bunt ist. Wir wollen den Neonazis unsere Stadt nicht überlassen!

Mit welchem Thema die Neonazis auch immer um die Köpfe der Menschen werben: Hass, Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Abschaffung der Demokratie bleiben ihre Ziele. Ihre ausländerfeindlichen Parolen entbehren jeglicher Grundlage. Menschen aus anderen Ländern bereichern unsere Stadt kulturell und wirtschaftlich.

Bitte geben Sie diesen Aufruf an Freunde, Nachbarn, Bekannte und viele andere weiter. Bitte kommen Sie alle zu unserer Kundgebung und Demonstration "BUNTE VIELFALT STATT BRAUNER EINFALT!" am Samstag, 10.09.2011, ab 11.30 Uhr, Bahnhof.

Oberbürgermeister      Das Bündnis gegen Rechtsextremismus  
Mathias Dohr              Eisenach

#### Kreisvorstand wurde neu gewählt

**Am Sonnabend den 03. September 2011 wählte der Kreisverband DIE LINKE. Wartburgkreis – Eisenach seinen Vorstand. Hier wurde die funktionierende Doppelspitze erneut mit 95% bestätigt.**

Die Jugendherberge in Lauterbach war Ort der Gesamtmitgliederversammlung zur Neuwahl des Kreisvorstandes und zur Wahl der Delegierten des dritten Landesparteitages in Thüringen.

Für die kommenden zwei Jahre sind gewählt:

#### **Kreisvorsitzende**

Anja Müller

Sascha Bilay

#### **Stellvertretende Kreisvorsitzende**

Christian Schmidt

Michael Lemm

#### **Schatzmeisterin**

Karin May

#### **weitere Mitglieder**

Christine Dommer,

Christiane Leischner,



### Alternative 54 unterstützt „Theater am Markt“



Die automatische Diätenerhöhung der Landtagsabgeordneten stößt zu Recht auf viel Unmut der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Thüringen. Viele BürgerInnen sehen in der rückwirkenden Diätenerhöhung im Thüringer Landtag kein gutes Zeichen und das zu Recht. Die Landtagsabgeordneten der LINKE kritisieren seit Jahren dieses Verfahren. Aus der Not heraus gründete die damalige PDS Fraktion den Verein Alternative 54 und die Abgeordneten der Linken spenden seither ihre Diätenerhöhungen für soziale Projekte.

Monat für Monat summieren sich die Abgeordnetenspenden und lagen Ende Juli bei insgesamt 725.445 Euro, die seit Bestehen des Vereins der PDS- bzw. LINKEN Parlamentarier im Jahr 1995 an soziale

Vereine und Projekte in ganz Thüringen ausgereicht wurden. Auch zahlreiche Vereine aus Eisenach wurden durch die „Alternative 54“ unterstützt. Am Montag, den 5. September werden dem Theater am Markt 300 Euro überreicht.

Seit langem fordern die LinkspolitikerInnen, dass die Diätenanpassungen beispielsweise an die Tarifregelungen für den öffentlichen Dienst oder an die Rentenentwicklung gekoppelt werden.

„Der Automatismus der regelmäßig steigenden Erhöhung muss aufhören, so die Landtagsabgeordnete Katja Wolf. Jedoch ist dies im Artikel 54 der Thüringer Verfassung so geregelt. Es bedarf dringend einer Verfassungsänderung. Die Parlamentarier der Linkspartei halten den momentanen Zustand für falsch, da sie eine Form von „Selbstbedienungsmentalität“ darstellt. In diesem Jahr ist die automatische Diätenerhöhung besonders umstritten, da von den Landesbediensteten ein persönlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung durch zeitweiligen Verzicht auf die Besoldungserhöhung abverlangt wird. „Wenn man von Bediensteten derartige Beiträge fordert, müssen die Abgeordneten beispielhaft vorangehen“, ist Wolf überzeugt. Bei der längst überfälligen Reform der Zahlung der Abgeordnetendiäten müssen aus Sicht der LINKEN auch die Pensionszahlungen an Ex-Abgeordnete und ehemalige Minister mit auf den Prüfstand. Sonderprivilegien für Abgeordnete und Minister sind nicht mehr zeitgemäß. Diese sollten wie alle Arbeitnehmer in die staatliche Rentenversicherung einzahlen und somit ganz normale Rentenansprüche erwerben. Das würde nicht nur die sozialen Kassen entlasten, sondern wäre gerecht gegenüber jeder Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer, so Katja Wolf abschließend.

### **Veranstaltungshinweise für den 1. September dem Antikriegstag**

Der Kreisverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie die Ortsverbände der Parteien Die Linke. und Bündnis 90/Grüne rufen für Donnerstag, den 1. September, 16.30 Uhr zu der traditionellen Kundgebung anlässlich des Welt-Antikriegstages vor dem Eisenacher Rathaus auf.

An diesem Tag jährt sich zum 72. Mal der Beginn des von Nazi-Deutschland ausgelösten 2. Weltkrieges. Ein besonderer Grund, unter dem Motto „Nie wieder Faschismus, die Welt braucht Frieden“ die Stimme für eine friedliche Welt zu erheben.

Es spricht unter anderem Renate Licht, Vorsitzende des DGB Thüringen.

Mehr oder weniger

Klimawandel - Lebenswandel

Donnerstag, 1. September

19.30 Uhr

Annenkirche Eisenach

Ein Abend mit

Ralf-Uwe Beck (Vortrag)

Alexander Blume (Piano)

Maximilian Blume (Perc., Gesang)

Veranstaltet vom Initiativkreis gegen Kernenergienutzung

### **Katja Wolf: Ein Haushaltsentwurf wäre ein gutes Signal für Eisenach**



„Der Oberbürgermeister sollte nicht warten, sondern umgehend den von ihm als möglich angesehenen Haushaltsentwurf für die Stadt Eisenach vorlegen“, so reagiert Linke-Landtagsabgeordnete Katja Wolf auf eine entsprechende Ankündigung von Matthias Dohrt. Auch wenn noch Fragen bezüglich der Rückzahlung der Bedarfszuweisungen aus den vergangenen drei Jahren offen seien, sollte der Rathauschef „diesen Weg zur kommunalen Finanz-Normalität“ beschreiten. Auch Wolf zeigt sich erfreut, dass die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt wieder angestiegen sind. Allerdings sei damit wieder belegt, wie sehr die Stadt von der Automobilindustrie abhängig sei. „Diese industrielle Monostruktur der Stadt wird uns immer wieder vor Probleme stellen“, sagt die Landespolitikerin voraus.

Nun aber gelte es mit einem städtischen Haushalt, die Finanzen und damit auch die freiwilligen Leistungen zu

ordnen sowie die „Finanz-Hoheit des Stadtrates“ wieder herzustellen. Dies sei nicht für die Verbände, Vereine und anderen Einrichtungen wichtig, die auf die Hilfe der Stadt angewiesen seien, sondern auch die "für die kommunalpolitische Arbeit", so die Stadträtin.

Für Katja Wolf ist die Zeit ohne einen beschlossenen Haushalt auch ein demokratisches Problem. Nicht nur der Stadtrat ist in diesem Fall entmachteter, auch die Einwohner/innen der Stadt haben kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Ebenso zentral, stimmt sie mit Doht überein, sei ein solcher Haushalt aber auch als Signal an die Landesregierung: „Zum einen müssen die Strukturen, soweit das von Landesseite machbar ist, geändert werden, zum anderen aber muss die für 2012 vom Finanzminister angedrohte Kürzungs-Orgie bei den Kommunal финанzen ganz schnell vom Tisch“, so Wolf abschließend.

#### Liebe MitstreiterInnen,



anbei eine wichtige Information zu den Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch am 10.09.2011. Wir suchen dringend noch Ordner. Bitte melden.

Hier die Information zum Weitergeben:

An alle Vereine, Verbände, Organisationen, Einwohnerinnen und Einwohner in Eisenach

Sehr geehrte Damen und Herren,

die NPD wird am Samstag, 10.09.2011 in Eisenach eine landesweite Demonstration durchführen. In ihrem Aufruf „Deutschland den Deutschen- Wir sind das Volk“ hetzt sie offensiv gegen Menschen aus anderen Ländern.

Rechtsextremes Gedankengut führte schon oft zu Krieg, Gewalt und Tod. Das Attentat in Oslo und auf Utøya ist das jüngste Beispiel dafür und mahnt uns: „Wehret den Anfängen und den geistigen Brandstiftern!“

Wir, das Eisenacher Bündnis gegen Rechtsextremismus, werden am 10.09.2011, 10.00 mit einer Kundgebung auf dem Markt ein Zeichen für ein weltoffenes und demokratisches Eisenach setzen. Daran schließt sich eine Demonstration durch die Innenstadt sowie eine weitere Kundgebung bis ca. 18.00 Uhr an.

Die Veranstaltungen stehen unter dem Motto: „BUNTE VIELFALT STATT BRAUNER EINFALT!“

Wir rufen alle Eisenacher und Eisenacherinnen auf, sich an unserer Demonstration und Kundgebung zu beteiligen. Zeigen Sie damit, dass Eisenach vielfältig und bunt ist. Bitte geben Sie den Aufruf weiter: Kein Platz für Nazis in Eisenach!

Das Bündnis gegen Rechtsextremismus Eisenach

Bündnis gegen Rechtsextremismus Eisenach

mailto: [bgr@tuz-eisenach.de](mailto:bgr@tuz-eisenach.de)

#### War Karl Marx zu seinen Lebzeiten ein Hellseher?

***Karl Marx wusste schon Mitte des 19. Jahrhunderts, was wir heute tagtäglich als Realität erleben!***



"In unseren Tagen scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen. Wir sehen, daß die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern läßt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not. Die Siege der Wissenschaft scheinen erkaufte durch Verlust an Charakter. In dem Maße, wie die Menschheit die Natur bezwingt, scheint der Mensch durch andere Menschen oder durch seine eigne Niedertracht unterjocht zu werden." Marx 1856, MEW 12/3-4

Eine treffendere Charakterisierung der "wohlstandssteigernden freien Marktwirtschaft", des Kapitalismus, ist wohl kaum möglich. Jeder "Fortschritt", jede wissenschaftlich-technische Neuerung innerhalb der bisherigen und auch gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklungsgeschichte diente letztlich nicht der Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der Menschen und der gesamten Menschheit an sich, sondern nur der Befriedigung der ureigensten Interessen des jeweiligen Wirtschafts- und Finanzkapitals und seiner

Vermehrung. Für die überwiegende Mehrheit der Menschen auf unseren Planeten, die unter dem Joch von Zins und Zinseszins schmachten und malochen, brachte es Not, Elend, Krieg, ständigen Überlebenskampf. Selbst in der sogenannten "Sozialen Marktwirtschaft" in den westlichen "Demokratien" brachte es für die Mehrheit nur billige Gratifikationen zur Beruhigung der Massen, welche für dieses System widerstandslos domestiziert wurden und heute noch werden, obwohl sie selbst der eigentliche Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums waren und sind! Der Reichtum der einen ist auch gleichzeitig die Armut der anderen, wie wir heute tagtäglich sehen und erfahren können. Welchen Stellenwert hat unter diesem System eine Demokratie, wenn die wahre Macht in den Händen der Besitzer des gesellschaftlichen Reichtums liegt. Wer die ökonomische Macht besitzt, verfügt auch gleichzeitig über die politische Macht. Um diese Macht zu erhalten, wird letztlich jedes Recht, jedes Menschenrecht, auch jedes Verfassungsrecht mit Füßen getreten, wie wir heute sehen können, notfalls auch mit polizeilichen und militärischen Mitteln. Erst wenn die Mehrheit der in diesem System unterjochten Menschen ihre wirkliche reale Lage und Situation erkennen, diese Erkenntnis in ihrem Bewusstsein reift, kann es sich gemeinsam und entschlossen von diesem System befreien. So viel Polizei und Militär können die Besitzer des gesellschaftlichen Reichtums nicht aufbringen, um diese Massen in ihrer Bewegung aufzuhalten und zurückzudrängen. Da diese Massen noch nicht bereit und in der Lage dazu sind, dazu noch sehr zerstritten und zersplittert in unterschiedlichen Interessen, ist Aufklärung, Aufklärung und nochmals Aufklärung das Gebot der Stunde! Packen

### Ankündigung: LINKE nächste Woche auf Energietour

**Nachdem die Linksfraktion mit großer öffentlicher Resonanz ihr Energiekonzept "Energierevolution statt grüner Kapitalismus" vorgestellt und in einer ersten Runde mit Experten diskutiert hatte, wird sie nun - wie schon länger geplant und angekündigt - mit Akteuren vor Ort in Betrieben und Einrichtungen beraten. Sie wird es auch am Dienstag einen Halt im Wartburgkreis während der einwöchigen Thüringer Energietour geben.**

Teilnehmer sind u.a. der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Bodo Ramelow, der energiepolitische Sprecher Manfred Hellmann, die Eisenacher Abgeordnete Katja Wolf und der Bundestagsabgeordnete Frank Tempel.

Anspruch der Linksfraktion ist es dabei weniger, die vielfältigen Möglichkeiten Thüringens zu erleben, über die die Abgeordneten durch ihre Aktivitäten in den Regionen einen guten Überblick haben. Sie wollen vor allem erfahren, an welchen Stellschrauben für eine nachhaltige Energiewende - sprich "Energierevolution" - konkret gedreht werden muss. Entsprechende Überlegungen sollen in eine überarbeitete Fassung des LINKEN Energiekonzeptes einfließen

#### **Ablauf für Dienstag den 09.08.2011**

10:00 Uhr Mühlhausen Pro geos (Geothermie)  
Wolferoder Weg 5 99976 Beberstedt

12:00 Uhr Creuzburg Pollmeier Massivholz GmbH & CoKG, Pferdendorfer Weg 6 99831 Creuzburg  
Thema: Holzpeletts versus stoffliche Nutzung ? Oder besser, intensiver den Wald nutzen?

14:00 Uhr Eisenach Vorstellung der Firma Juwi durch Ralf Pässler  
WKB Katja Wolf Georgenstr. 25 99817 Eisenach

16:00 Uhr Besuch des Urwald Camps Harsbergstr. 4  
99826 Lauterbach

### **Katja Wolf (Die Linke.): Landesregierung gefordert: klare Absage an Giftmüll!**

Wenn Katja Wolf die Antwort der hessischen Landesregierung auf eine Anfrage der LINKEN liest, beschleicht sie ein ungutes Gefühl. In Hattdorf-Wintershall, in direkter Nachbarschaft zu Thüringen, befindet sich eine Kaligrube, welche aus heutiger Sicht langfristig unsicher ist. Die Stützpfeiler sind zu klein dimensioniert. Dementsprechend muss dieser Grubenbau unter Tage gesichert werden. Dies macht man mit Versatz, kein ungewöhnliches Vorgehen. Ähnliches passiert in Merkers. Ungewöhnlich wird es aber, wenn statt des üblichen Salzes „bergwerkfremder Abfall“ ins Spiel kommt. Es werden die Stützpfeiler also nicht mit Steinsalz wie in Thüringen unterstützt, sondern mit Müll. Und der hat es in sich. Die Antwort listet unter anderem Deponiesickerwasser, Kesselstaub mit gefährlichen Stoffen und Filterstaub mit gefährlichen Stoffen auf – typischer Giftmüll. K+S macht also noch kräftig Gewinn mit der Sicherung von Gruben, die Einlagerung ist hochgradig lukrativ.

Als wäre dies nicht schon beunruhigend genug, weißt Wolf darauf hin, dass diese Praxis auch in Thüringen droht. Gerade wurde sie von der Landesregierung in einer Umweltausschusssitzung darauf hingewiesen, dass weit mehr als die bisher angegebene Grubenbauten im Werrarevier nicht den heutigen Sicherheitsbestimmungen entsprechen würden. Dies hätte K+S dem Erfurter Ministerium mitgeteilt.

Da die Sanierung dieser Gruben in der finanziellen Verantwortung des Landes liegt, ist mit dieser Feststellung ein großes Risiko verbunden. Summen im hohen dreistelligen Millionenbereich stehen im Raum. Und hier kommt der Müll wieder ins Spiel. Wolf fürchtet einen möglichen Deal zwischen Landesregierung und dem Kalikonzern. Das Motto könnte lauten: „Wir dürfen Giftmüll als Versatz einlagern, dafür wird es für euch billiger!“.

Das will die Abgeordnete unbedingt verhindern. „Die Risiken, die mit der Einlagerung von Giftmüll unter Tage verbunden sind, sind unkalkulierbar. Die Asse ist da mahnendes Beispiel.“ Sie forderte die Landesregierung auf, diesem Ansinnen von Anfang an eine klare Abfuhr zu erteilen. „Es ist verrückt, dass auf der einen Seite riesige Abraumhalden geschaffen werden, die die nachfolgenden Generationen auf Jahrhunderte belasten werden und auf der anderen Seite Giftmüll zur Stabilisierung eingefahren wird! Das mag der Gewinnmaximierung dienen, ist aber volkswirtschaftlicher Wahnsinn!“ so Katja Wolf.

### **Antragsammlung des Volksbegehrens „Für gerechte und bezahlbare Abgaben“ geht in den Schlussprint**

Am Sonnabend, den 25. Juni 2011, zum Tag der offenen Tür im Landtag, startete die Sammlung der Unterstützerunterschriften für das Volksbegehren „Für gerechte und bezahlbare Abgaben“. Die Bürgerallianz (Dachverband der Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben) hat sich in einer Beratung dazu ausgesprochen, nachdem ein entsprechender Gesetzesentwurf im Thüringer Landtag von den Regierungsparteien abgelehnt worden war.

Innerhalb von sechs Wochen müssen nun Landesweit 5000 Unterstützerunterschriften gesammelt werden.

Noch gut eine Woche haben die Bürgerinnen und Bürger Zeit sich an der Unterschriftensammlung zu beteiligen. Am 5. August endet die Antragsammlung. Wir hoffen das bis nächsten Freitag noch der ein oder andere

Unterschriftsbogen bei uns ausgefüllt wird, sagt die Landtagsabgeordnete Katja Wolf. Unterschriftsbögen können im Büro der Abgeordneten Katja Wolf /MdL DIE LINKE, Georgenstraße 25, Eisenach bzw. 03691-735218 abgeholt werden. Auch werden wir die Bögen per Post an Interessierte versenden, teilt das Wahlkreisbüro mit.

### **Weltnaturerbe Hainich:** **Lippenbekenntnisse helfen nicht weiter!**

**Nachdem am 25. Juni dem Nationalpark Hainich der Titel Weltnaturerbe zuerkannt wurde, erklärt Katja Wolf, Sprecherin für Umweltpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: "Dies ist ein wunderbarer Erfolg für dieses einmalige Biotop und Anerkennung für die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parks. Damit verbunden sind eine steigende nationale und internationale Aufmerksamkeit sowie eine höhere Verantwortung für die Weiterentwicklung des Profils des Hainichs!"**

Allerdings sei das Engagement der Landesregierung für den Hainich keinesfalls zufriedenstellend: "Die Personalausstattung im Nationalpark ist unverantwortlich niedrig", moniert die Umweltexpertin der LINKEN. Auf Anfrage der Linksfraktionärin an die Landesregierung wurde deutlich, dass die Beschäftigtenzahl im Nationalpark Hainich weit unter dem Plan liegt. Dieser müsse mit mehr als einem Drittel weniger Personal auskommen als veranschlagt. Statt 16 MitarbeiterInnen würden nur 11 beschäftigt. "Das ist auch im Vergleich mit anderen vergleichbaren Parks empörend wenig", so Frau Wolf weiter. Die Linksfraktionärin moniert, dass sich die Landesregierung "feiern lässt für die Anerkennung des Hainichs als Weltnaturerbe, aber nicht einmal die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, um den Nationalpark u. a. entsprechend zu pflegen und über die Landesgrenzen hinaus bekannt zu machen". Es sei "absolut unverständlich", warum sich an dieser Situation absehbar kaum etwas ändern solle. Schließlich habe die Landesregierung auf erneute Nachfrage der Abgeordneten deutlich gemacht, dass keinerlei Planungen in dieser Richtung bestehen würden.

"Lippenbekenntnisse helfen nicht weiter, es muss endlich gehandelt werden. Wir brauchen nicht nur die schnellstmögliche Besetzung der geplanten Stellen, sondern sogar eine Aufstockung", fordert die Abgeordnete der LINKEN. Nur so könne das Erbe des Nationalparks bewahrt und seine Potentiale erweitert werden, fügt Frau Wolf mit Blick auf die touristische und wirtschaftliche Nutzung sowie fachliche Betreuung des Hainichs hinzu.

Katja Wolf

### **Katja Wolf (MdL): Schockiert und fassungslos über die Bluttat in Norwegen**

Ich bin zutiefst schockiert und fassungslos angesichts der Anschläge in Norwegen und verurteile diese fürchterliche Bluttat. Mein Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen. Ich verurteile diese schändliche Gewalttat, die mehr als 90 Todesopfer eingefordert hat zutiefst. In solchen Augenblicken kann man nur innehalten und mit den Angehörigen fühlen. Es ist die Zeit der Trauer und des Mitgefühls. Aber wir müssen auch Antworten auf die Fragen finden: Wie konnte so etwas passieren? Wie kann man solche rechtsextremen und islamfeindliche Taten verhindern?

Das Geständnis und die bisher bekannten Einlassungen des norwegischen Attentäters zeigen ein Weltbild, das von Hass auf Muslime, Linke und Andersdenkende geprägt ist und das die multikulturelle Gesellschaft als Feindbild ausmacht. Diese Haltung, die sich beim Attentäter ins absolut Fanatische gesteigert hat, hat zu der grauenhaften Tat in Oslo und Utoja geführt. Vor Norwegen und Europa liegt nun ein langer Weg der Aufarbeitung, sagt Wolf abschließend.



### **Agieren der Landesregierung bei Gebietsreform auch für Eisenach fatal: Ohne Ziel, ohne Plan und ohne Nachhaltigkeit**

„Ohne Ziel, ohne Plan und ohne Nachhaltigkeit - das sind die Markenzeichen der Thüringer Landesregierung im Agieren um eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform“, stellt die Linke im Thüringer Landtags im Zusammenhang mit den jüngsten Erklärungen der Landesregierung fest, nun doch auf ein Gutachten zur Gebietsreform verzichten zu wollen. Dieses Arbeiten bereitet mir gerade als Eisenacherin großes Kopfzerbrechen, sagt die Landtagsabgeordnete Katja Wolf. Wir brauchen Lösungen und das so bald als möglich. Wie dringend zeigen nicht zuletzt die Verhandlungen um das Eisenacher Theater. Lösungen für die Region werden gebraucht.

„Der Zickzack-Kurs zeigt, dass der Konflikt jetzt ins Innenministerium verlagert werden soll. Das hilflose Agieren der Landesregierung ist Ausdruck der unseligen Patchwork-Strategie, bei der am Ende das eine nicht zum anderen passt“, so die Eisenacherin Katja Wolf weiter. Ständig würden neue Botschaften ins Land gesendet - mal wolle man ein Gutachten, dann wieder keines und erst vor wenigen Tagen habe man durch eine Überarbeitung des Landesentwicklungsplans und der Reduzierung von Grundzentren erste Tatsachen geschaffen. „Durch dieses Handeln ohne Konzept und Plan werden die Akteure im Land in Dauerstress versetzt. Das hat nichts mit einer durchdachten Strategie unter Einbeziehung der Akteure zu tun! Das ist ein koalitionsäres Kreißen, um offenkundig Mäuse zu gebären!“, moniert die Abgeordnete der LINKEN. Einzig erfreulich sei, dass man nun doch kein teures Gutachten beauftragt habe.



DIE LINKE hatte das taktische Lavieren der CDU immer als ein Spiel auf Zeit verstanden. Eine neue Untersuchung über die Möglichkeiten einer Gebietsreform sei schließlich unnötig, habe doch die Enquetekommission des Landtages in der letzten Legislatur das Thema ausführlich untersucht und umfangreiche Datensammlungen ausgewertet. Neue Expertisen seien deshalb nicht erforderlich. Zuletzt hätten sich die Koalitionsfraktionen nur noch darüber gestritten, ob das Gutachten wegen der hohen Kosten europaweit ausgeschrieben werden müsse. Ein inhaltliches Arbeiten am Thema fand nicht mehr statt. „Es ist mir schleierhaft, weshalb sich die SPD in dieser Kernfrage zur Zukunft Thüringens dermaßen hat verströken lassen. Damit hat die SPD nach den Stichwahlen und der Kita-Reform ein weiteres Kernelement ihrer Wahlversprechen mit Füßen getreten“, unterstreicht Wolf. Die neue Kursrichtung der Landesregierung laute nun, statt weiterer Untersuchungen das Innenministerium mit Vorschlägen möglicher Behördenreformen zu beauftragen. Dabei sei der Innenminister zuletzt schon daran gescheitert, den Fragenkatalog für das bisher angestrebte Gutachten zu formulieren. Zudem sei zu befürchten, dass federführend das Landesverwaltungsamt beauftragt werde, die möglichen Behördenauflösungen zu untersuchen. Das Landesverwaltungsamt ist dem Innenministerium direkt nachgeordnet und die größte Landesbehörde im Freistaat. „Gerade diese Mammutbehörde steht seit Anfang an in der Kritik. Wenn nun ausgerechnet das ‚schwarze Loch‘ den Prüfauftrag erhalten sollte, wird der Bock zum Gärtner gemacht“, so die Einschätzung von Katja Wolf.

Katja Wolf verweist darauf, dass Ihre Fraktion mit zahlreichen Initiativen immer wieder auf die Notwendigkeit eines Gesamtplans hingewiesen und eigene Gesetzesvorschläge und Parlamentsanträge auf den Weg gebracht hat. Thüringen braucht Lösungen. „Wir werden auch weiterhin aus unserem Konzept zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform neue parlamentarische Schritte ableiten“, kündigt Katja Wolf für ihre Fraktion abschließend an.

Katja Wolf (MdL)



### Berufsschulsanierung mit bitterem Beigeschmack



„Wenn das Wasser im Gebäude steht, ist der Jammer groß!“, so kommentiert Katja Wolf den Beginn der Sanierung der Eisenacher Berufsschule.

Die linke Landtagsabgeordnete, die auch im Stadtrat sitzt, kritisiert vor allem das Vorgehen der Landesregierung. Diese hatte die Stadt in ihrer Finanznot gezwungen, am alten Standort zu bleiben. „Alle wissen, dass dieses Gebiet stark hochwassergefährdet ist. Schon bei einem sogenannten HQ20 steht der Komplex 50cm im Wasser.“ Rein statistisch gesehen also mindestens alle 20 Jahre. Das haben gerade neue Hochwasserberechnungen des Landes bestätigt. Trotzdem besteht die Landesregierung bei der Förderung auf eine Sanierung am alten Standort und hinterlässt das Risiko der Stadt“, empört sich Wolf. Sie

erinnert daran, dass die Stadt als Schulträger die Verantwortung im Schadensfall trägt- Eisenach ist nicht gegen Hochwasser versichert. „Das finanzielle Risiko tragen Einwohnerinnen und Einwohner!“, so die Abgeordnete.

Außerdem wies sie darauf hin, dass mit dem Anbau weitere Fläche in der Flussaue versiegelt werden. Dies verschlimmere die Situation weiter.

„Der bittere Beigeschmack dieser Sanierung wird bleiben.“, stellt Wolf fest.



### Katja Wolf (Die Linke.): Schließung von Arbeitsgerichten nur nach eingehender Situationsanalyse

**Mit Blick auf Medienberichte über die angeblich geplante Schließung des Arbeitsgerichtes ins Eisenach und Jena bzw. deren Zusammenlegung mit den Standorten Suhl und Gera fordert die Eisenacher Landtagsabgeordnete Katja Wolf der Fraktion DIE LINKE, eine umfassende Situations- und Standortanalyse der Thüringer Arbeitsgerichtsbarkeit und die Offenlegung der Untersuchungs- und Prüfergebnisse.**

„Eine Schließung von Gerichten ist nur dann angebracht, wenn derzeitige Situation und voraussichtliche Entwicklung dies rechtfertigen, die Bürgernähe und Erreichbarkeit für Rechtssuchende keine Einbußen erleiden und die Lösungen zumutbar für die Beschäftigten auch mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind“, so Wolf. Die Beschäftigten und die Standortkommunen müssten in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Deshalb hat die LINKE eine umfangreiche Kleine Anfrage zur Arbeitsgerichtsbarkeit in Thüringen an die Landesregierung gerichtet.

Wolf erinnert in diesem Zusammenhang an „den peinlichen Fehlgriff der damaligen CDU-Landesregierung bei ihren Schließungsplänen für das Landgericht Mühlhausen“, die seiner Zeit erhebliche Proteste in Mühlhausen und Umgebung ausgelöst hatten. Nach kritischer Prüfung sei damals deutlich geworden, dass über die Schließung einfach am „grünen Tisch“ ohne ausreichende Prüfung, ohne Einbeziehung der Kommunen und Beschäftigten entschieden worden war. „Solche inhaltlichen und Verfahrensfehler müssen im jetzigen Entscheidungsprozess zu den Arbeitsgerichtsstandorten verhindert werden“, mahnt die LINKE-Politikerin an. Vor allem die Entwicklung der Verfahrenszahlen müsse genau unter die Lupe genommen werden - auch in Zusammenhang mit inhaltlichen und



prozessrechtlichen Entwicklungen im Arbeitsrecht, zum Beispiel bei Fragen des Kündigungs-schutzes. Die Landesregierung soll in ihrer Antwort auf die Anfrage auch offenlegen, nach welchem - möglichst nachvollziehbaren - Kriterienkatalog die Entscheidung über Schließung bzw. Erhalt der Arbeitsgerichtsstandorte ablaufen soll. "Darüber hinaus ist auch zu berücksichtigen, dass die Verfahrenszahlen an den Arbeitsgerichten auch leider wieder ansteigen können", so Wolf. Abschließend kündigt die Politikerin an, dass in Auswertung der Antwort der Landesregierung das Thema im Justizausschuss beraten werden soll - auch mit Blick auf anstehende Haushaltsberatungen. In diesen Diskussionsprozess sollen nach Vorstellungen der LINKEN die Betroffenen vor Ort einbezogen werden.

Dass man sich vor Ort mit der Entscheidung wenig anfreunden kann, zeigte gestern auch der IG-Metallbevollmächtigter Uwe Laubach. Im Sinne der Arbeitnehmer sollte man noch einmal über die Ankündigung nachdenken, sagt Wolf abschließend.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)

### Ab jetzt Unterschriftsbögen im Abgeordnetenbüro von Katja Wolf erhältlich

**Unterschriftsbögen zur Unterstützung des geplanten Volksbegehrens „Für gerechte und bezahlbare Abgaben“ sind ab sofort dort erhältlich.**

Am Sonnabend, den 25. Juni 2011, zum Tag der offenen Tür im Landtag, begann offiziell der Start zur Sammlung der Unterstützerunterschriften für das Volksbegehren „Für gerechte und bezahlbare Abgaben“. Die Bürgerallianz (Dachverband der Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben) hatte sich in einer Beratung dazu ausgesprochen, nachdem ein entsprechender Gesetzesentwurf im Thüringer Landtag von den Regierungsparteien abgelehnt worden war.

Innerhalb von sechs Wochen müssen nun Landesweit 5000 Unterstützerunterschriften gesammelt werden.

Unterschriftsbögen können ab sofort im Büro der Landtagsabgeordneten Katja Wolf in der Georgenstraße 25 in Eisenach abgeholt werden. Auch werden wir die Bögen per Post an Interessierte versenden, informiert die Mitarbeiterin des Wahlkreisbüros. Bestellungen nehmen wir auch gerne telefonisch unter 03691-735218 an.

### Wolf: Steuersenkungen schizophren



Die aktuelle Ankündigung der Bundesregierung, die Steuer senken zu wollen, seien völlig absonderlich.

„Die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte ist nicht nur prekär, sie ist katastrophal. In Eisenach sind wir gezwungen, dauernd Steuern, Eintrittspreise und Gebühren zu erhöhen. Die Belastungen, die den Bürger/innen dadurch entstehen sind kaum noch akzeptabel.“ Dementsprechend sei es schizophren Steuern durch den Bund zu senken, die dann durch andere wieder doppelt und dreifach genommen werden müssten.

Der Bund habe die Verantwortung, für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. „Wir haben in Eisenach nicht den Hauch einer Chance, einen ausgeglichen Haushalt zu verabschieden. Steuersenkungen sind nicht nur destruktiv, sie sind auch heuchlerisch.“ Gerade die Rolle der FDP ist dabei für Wolf völlig absurd. In Eisenach hatte diese in den letzten Wochen und Monaten einer Reihe von Erhöhungen von Steuern und Gebühren zugestimmt.

„Die Bürger durchschauen dieses „linke Hosentasche - rechte Hosentasche -Spiel“.

Wir brauchen auf Bundesebene ein gerechtes Steuersystem.“ Der Staat habe ein Einnahme-, kein Ausgabeproblem. Reichensteuer, ein gerechtes Mehrwertsteuersystem, Kerosinsteuer, ... das wären die Aufgaben, die dringend zu lösen sind. Steuersenkungen dürften im Moment nicht auf der Tagesordnung stehen, so Wolf.



Das gezielte Schüren von Sozialneid und der Versuch, die vom System des „freien“ Marktes Benachteiligten und „Präkarisierten“ gegeneinander auszuspielen, macht nun auch vor den kleinen Selbständigen nicht halt. So wird den Selbständigen, die Hartz IV beantragen unterstellt, dass sie sich „Arm rechnen“. Schaut man sich diese Gruppe der Selbständigen an, stellt man fest, dass es sich um „Solo – Selbständige“ handelt. Sie arbeiten als Autovermieter, Hausmeister, Blumenhändler, Heilpraktiker, bieten Hundepension an, was sie eint ist, dass sie vorwiegend im Dienstleistungssektor arbeiten und neben ihrer Selbständigkeit gleichzeitig Hartz IV

beziehen, weil ihr Einkommen unter dem Existenzminimum liegt. Immer mehr Menschen in der BRD, die sich eine

eigene berufliche Existenz aufgebaut haben, erhalten die staatliche Grundsicherung. Keine Gruppe unter den Erwerbstätigen ist in den letzten Jahren so gewachsen, wie die der Solo – Selbständigen. Im Jahr 2010 wurden 2,3 Millionen, was sechs Prozent aller Erwerbstätigen entspricht gezählt. Die Zahl dieser kleinen Selbständigen, die ihre Einkünfte mit Hartz IV aufstocken müssen, ist nach Angaben der BA von 2007 bis 2010 so um mehr als 50000 auf 125000 Hilfsbedürftige gestiegen. Davon verfügen 85000 nur über ein Einkommen von weniger als 400 Euro, 25000 verdienen bis zu 800 Euro, der Rest wenig darüber. Schaut man sich die Altersstruktur genauer an, stellt man fest, dass es besonders ältere Beschäftigte betrifft, die aus unterschiedlichsten Gründen aus ihrer bisherigen Erwerbs- und Berufstätigkeit herausgefallen sind und in der (Schein-) Selbständigkeit dann schließlich das letzte Mittel der Existenzsicherung sehen. Weil sie aus Altersgründen nicht mehr in ein verträgliches Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis kommen und ihr Arbeitslosengeld I ausgelaufen ist, sehen sie in den zeitlich auf ein oder eineinhalb Jahre befristeten Existenzgründungsdarlehen, mit denen sie kleine Geschäfte oder selbständige Dienstleistungsangebote aufbauen, ihren letzten persönlichen Ausweg vor der Verarmung. Sie müssen dazu Konzepte ausarbeiten und sich regelmäßig von den Sachbearbeitern des Jobcenters auf Umsatz und Rendite überprüfen lassen. Ausgerechnet diese buchstäblich armen Selbständigen nimmt die Bundesagentur für Arbeit aufs Korn und verlangt eine befristete Bezugsdauer von Hartz IV Leistungen. Die Würde des Menschen, im GG Paragraf 1 festzementiert, gilt auch für diese Gruppe der Beschäftigten!

Uwe Schenke



Am 22. Juni 1941 überfiel das nationalsozialistische Deutschland die Sowjetunion. Die Sowjetunion gehört damit zu dem Land, dass die meisten menschlichen Opfer und die größten Verwüstungen während des Zweiten Weltkrieges zu verkraften hatte. Die aktuellen Forschungen gehen von 27 Millionen Toten Staatsangehörigen der damaligen Sowjetunion im Ergebnis des „Vernichtungskrieges im Osten“ aus. DIE LINKE. Wartburgkreis-Eisenach gedenkt anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion der Opfer des Krieges am Dienstag, den 28. Juni 2011 um 18.00 Uhr auf dem Eisenacher Friedhof, Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten. Zu diesem Anlass wird auch die restaurierte Innschrift am Ehrenmal neu präsentiert.

Sascha Bilay  
Kreisvorsitzender

#### Gute Voraussetzungen für den Schutz des Weltnaturerbes Hainich schaffen

**Angesichts der Entscheidung des UNESCO-Welterbekomitees, dass der Hainich zum Weltnaturerbe gehören wird, erklärt Katja Wolf, Sprecherin für Umweltpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. "Der Verleihung dieses Titels ist eine weitere Bestätigung für die Einzigartigkeit des Nationalparks. Nun ist die Politik gefragt, mit diesem Erbe verantwortungsvoll umzugehen und es zu wahren."**

Der Schutz des Nationalparks sei eine langfristige Aufgabe. "Als erster Schritt müssen die Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Pflege des Nationalparks grundlegend verbessert werden", fordert die Linksfraktionärin. Dazu gehöre eine bessere personelle und materielle Ausstattung des Nationalparks, denn schließlich seien vorhandene Personalstellen nicht einmal voll besetzt worden. "In einem zweiten Schritt muss eine Aufstockung der Stellen im nächsten Haushalt erfolgen", fordert die Umweltpolitikerin der LINKEN.

Mit Skepsis sieht Frau Wolf das Vorhaben, auch den Hainich in die Forstanstalt aufzunehmen. "Den Nationalpark in einer Anstalt unterzubringen, die in erster Linie der Waldbewirtschaftung dient, muss grundsätzlich hinterfragt werden", so die Politikerin abschließend.

#### Theater- und Orchesterförderung bleibt unklar

**Angesichts der Ungewissheit über die zukünftige Förderung der Theater und Orchester kündigt die Linksfraktion einen Antrag für die nächste Landtagssitzung an. „Ein Bekenntnis der Regierungskoalition zum Erhalt der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft steht immer noch aus. Es ist ein untragbarer Zustand, dass Öffentlichkeit und Parlament nur fragmentarisch Auskunft darüber erhalten, was die Landesregierung in Sachen Kulturförderung plant. Notwendig sind konkrete Beschlüsse statt schöner Worte“, sagt die Eisenacher Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Katja Wolf.**

Die Idee, Theater und Orchester nach regionaler und überregionaler Bedeutung zu unterscheiden, wirke angesichts der dringend nötigen Entscheidungen reichlich unüberlegt. Von Kriterien für diese Einordnung höre man auch dem Hause Matschie gar nichts, nur dass die Häuser sich selbst entsprechend eingeschätzt hätten. Ob sie da schon wussten, dass die Förderung durch das Land daran festgemacht wird? Dann hätten sich vielleicht sämtliche Einrichtungen als überregional bedeutsam qualifiziert und es wäre ihnen nicht zu verübeln gewesen.

„Nach den Aussagen der kommunalen Träger kann von fast unterschrittsreifen Verträgen keine Rede sein. Noch besteht wohl auch keine Einigkeit, welches Haus in welche Spalte eingeordnet wird. Und wie die Kommunen einseitig eine Rückkehr zum Flächentarif finanzieren sollen, steht völlig in den Sternen“, konstatiert Wolf. Der

Verzicht auf Haustarife sei eine richtige Forderung, aber die Landesregierung müsse einen deutlichen Teil dazu beitragen. Aus dieser Pflicht könne sie sich nicht herausverhandeln, so die Politikerin der LINKEN weiter. Ein wirkliches Konzept für die Theater- und Orchesterfinanzierung wäre der solidarische Kulturförderausgleich, wie ihn DIE LINKE seit langem fordert. „Dabei werden alle Kommunen in die Förderung der Spielstätten einbezogen und die Finanzierung würde nicht die Haushalte einzelner Städte und Kreise belasten. So wie immer auch aus dem Umland Besucher in die Vorstellungen kommen, sollten deren Kommunen auch die Häuser mitfinanzieren. Leider fehlt Minister Matschie zu einem solchen Schritt der Mut“, so Wolf abschließend.

Katja Wolf

### **Verschleierung des antidemokratischen und rassistischen Charakters der "Deutschen Burschenschaft" beenden**

**"Nun sollte jeder begriffen haben, dass die Deutsche Burschenschaft kein Platz für Demokraten ist", reagiert Katja Wolf, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, auf Veröffentlichungen des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL am heutigen Tag.**



Demnach gilt innerhalb des Akademikerverbandes "Deutsche Burschenschaft" als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im Verband die Zugehörigkeit "zum deutschen Volk". Sie wird - ganz offenbar in nationalsozialistischer Tradition stehend - rassistisch bestimmt. Auf dem sogenannten "Burschentag" des Verbandes, der an diesem Wochenende in Eisenach in Ihrem Wahlkreis stattfindet, steht unter anderem der Ausschluss einer "Burschenschaft" aus dem Dachverband der "Deutschen Burschenschaften" auf der Tagesordnung, die ein Mitglied aufgenommen haben, dessen Eltern chinesischer Herkunft sind.

"Die Deutsche Burschenschaft und die darin organisierten Verbindungen stehen für eine autoritäre, nationalistische, völkische und strukturkonservative Tradition. Aufgrund der politischen und personellen Überschneidungen zur extremen Rechten hat die Deutsche Burschenschaft eine Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Neonazismus", so die Abgeordnete weiter. Die nun bekannt gewordene rassistische "Abstammungslehre" der "Deutschen Burschenschaft" bestätige diese Einschätzung. Bundesweit stünden zudem mehrere Burschenschaften unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

In der Vergangenheit hatten mehrfach Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker an Veranstaltungen und Festveranstaltungen der "Deutschen Burschenschaft" teilgenommen und ihr so einen demokratischen Charakter verliehen. Die Eisenacherin fordert, "die Verschleierung des antidemokratischen, rassistischen und völkischen Charakters der Deutschen Burschenschaft durch Teilnahme an Veranstaltungen oder gar Grußworte zu beenden". Dies war auch leider in Eisenach zu oft der Fall. Erst im April begrüßte der OB die Burschenschaften. Katja Wolf zeigt sich zudem verwundert, dass die Thüringer Landesregierung erst jüngst nicht bereit oder in der Lage war, eine Anfrage zu dem Thema qualifiziert zu beantworten.

Katja Wolf

### **Katja Wolf : Keine neue Hängepartie für Opel-Beschäftigte!**



**Angesichts der Verunsicherung durch die Meldung eines möglicherweise bevorstehenden Verkaufs von Opel durch General Motors fordert die Eisenacherin Katja Wolf und Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: "Der Wahrheitsgehalt der Berichte muss hieb- und stichfest geprüft werden, um sich gegebenenfalls unverzüglich einzuschalten!"**

Für die Beschäftigten bei Opel und den Zulieferer-Betrieben sei die nun entstandene Situation ein unhaltbarer Zustand. Bisher sei von GM laufend betont worden, dass das Unternehmen gut aufgestellt sei. "Woher jetzt plötzlich andere Einschätzungen kommen und Spekulationen über einen Verkauf die Runde machen, ist nicht nachvollziehbar. Die Landesregierung sollte jetzt nicht nur abwiegeln, sondern darauf drängen, dass Gerüchte umgehend ausgeräumt werden", fordert Wolf abschließend.

Katja Wolf

### **Kirchentag und geplanter Strategiewechsel:**

Was haben Kirchentag und angemahnter Strategiewechsel im Kriegsgebiet Afghanistan gemeinsam, in beiden haben Kirchenvertreter das Wort. Hier auf der einen Seite Frau Margot Käßmann, die sich klar gegen den Krieg in

Afghanistan wendet, auf der anderen Seite ein Militärbischof, der vor Beginn kriegerischer Auseinandersetzung, „Helm ab zum Gebet“ von den Bundeswehrangehörigen fordert. Nun hätte ich mir gewünscht, dass außer Beten und Feiern auf dem Kirchentag auch noch ein klares Bekenntnis gegen den Krieg, den Einsatz Deutscher Truppen in Afghanistan und anderen Orts erarbeitet wurden wäre. Hier hätten sich dann Atheisten und Gläubige mit einer Sprache wieder gefunden, leider ist diese Chance einmal mehr vertan worden. Nun war ich selbst ein gutes Jahrzehnt Berufssoldat und durfte hier, entsprechend unserer Verfassung, an der Verteidigung, als strategisches Instrument der Politik, unseres Landes beitragen. Seit Jugoslawien und Afghanistan steht unsere Armee aber vor veränderten strategischen Herausforderungen, die aus meinem Fokus bis heute eigentlich nicht vom GG gedeckt sind, sie wurden „dank“ der SPD/Grünen Koalition in ein Angriffskrieg verheizt, dem sie nicht gewachsen sind. Die Tötung der 3 Soldaten, aber auch die getöteten Zivilisten, vor allem Frauen und Kinder der letzten Tage durch ISAF – Bomben, zeigt einmal mehr, dass die militärische Strategie gescheitert ist. Strategie benötigt auch Ziele, die waren für Afghanistan klar festzementiert, nicht eins wurde nach UNO Angaben erreicht. Wer die Suche nach veränderter Strategie wirklich umsetzen will, sollte dies vielleicht einmal mit „friedlichen“ Mitteln umsetzen. Wer vor Ort, Frieden will, das Leben der Zivilbevölkerung schützen und ihnen Sicherheit auf sozialen und kulturellen Gebiet vermitteln will, wer darüber hinaus keine Soldaten einer Gefahr aussetzen möchte, muss den Weg für Friedenskoooperation frei machen und strategisch den Einsatz Deutscher Soldaten beenden. Der Deutsche Freidenker Verband hat den Anfang mit seinem Bekenntnis „Soldaten raus aus Afghanistan“ gemacht, ich hoffe auf den Friedenswillen der vielen Kirchenmitglieder. Gemeinsam sollte es uns gelingen, „dass nie wieder eine Mutter ihren Sohn beweint“.

**Uwe Schenke**

### Entlassung des TAVEE-Geschäftsführers könnte für Gebührenzahler teuer werden



„Es ist nach Einschätzung der Landesregierung durchaus möglich, dass der bisherige Geschäftsführer des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Eisenach-Erbstromtal, Herr Thomas Fritz, gegen seine Entlassung klagt, vor dem Gericht Recht bekommt und anschließend die Gebührenzahler dafür aufkommen müssen“, informiert der Kreisvorsitzende der LINKEN, Sascha Bilay.

Der Linksabgeordnete Frank Kuschel wollte in einer Anfrage von der Landesregierung die Details der Kündigungsregelungen zwischen dem Zweckverband und dem Geschäftsführer wissen. Zwar konnte bzw. wollte die Landesregierung hierzu keine Auskünfte geben. Allerdings stellte sie klar, dass bei einer

unwirksamen Kündigung des Arbeitsverhältnisses geprüft werden müsste, ob diese Kosten auf die Wasser- und Abwassergebühren umgelegt werden könnten. Hierzu zählen neben den Gerichts- und Anwaltskosten auch mögliche Zahlungen für einen Vergleich und von Abfindungen. „Sollte sich herausstellen, dass durch handwerkliche Fehler der Verbandsführung ein finanzieller Schaden entstanden ist, darf dieses nicht zu Lasten der Gebührenzahler gehen. Hier müssen letztlich die Bürgermeister aus ihren Gemeindehaushalten den Schaden tragen“, fordert Bilay.

Der Kommunalpolitiker fordert die Verbandsführung auf, schnellst möglich Klarheit darüber zu schaffen, welches Konzept hinsichtlich des umstrittenen Geschäftsführers verfolgt wird. Die bloße Zustellung der Kündigung und weiteres Abwarten würden nur Frustration und Ungewissheit sowohl bei den Beschäftigten als auch unter den Bürgerinnen und Bürgern erzeugen. „Hier muss endlich deutlich ausgesprochen werden, mit welchem Personal welche Zukunft eingeschlagen werden soll. Alles andere wird das zerrüttete Verhältnis nicht befrieden und weiterer Vertrauensverlust bedeuten“, unterstreicht abschließend Sascha Bilay.

Sascha Bilay  
Kreisvorsitzender

### Politik muss auch Spaß machen

Unter diesem Motto ist in diesem Jahr auch wieder die Landtagsfraktion der Linken beim diesjährigen Unternehmenslauf dabei. Die Eisenacherin Katja Wolf wird das Team, wie auch 2011 unterstützen und sich auf die Strecke begeben.

Nach seinem Debüt 2009 geht RUN, der Thüringer Unternehmenslauf in eine weitere Runde. Am 8. Juni 2011 um 19.00 Uhr fällt für die Mitarbeiter von Unternehmen, Institutionen, Verbänden und Organisationen der Startschuss. Die Anmelderliste ist groß.

Rund 5 Kilometer lang ist die neue, optimierte Strecke durch die historische Erfurter Innenstadt. Die Linke wird bei jedem Wetter antreten, so Katja Wolf kampfesmutig abschließend.

Katja Wolf (MdL)

### Kommunale Verankerung der LINKEN in Thüringen und Hessen ausbauen

„In einer gemeinsamen Beratung von Thüringischen und Hessischen Kommunalpolitikern der LINKEN wurden



nicht nur die jüngsten Kommunalwahlen in Hessen ausgewertet, sondern auch weitere Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit diskutiert“, informieren die beiden Kreisvorsitzenden der LINKEN in der Wartburgregion, Anja Müller und Sascha Bilay.

Als symbolischer Ort der Beratung wurde Gerstungen ausgewählt, um so in unmittelbarer Nähe zur Thüringisch-Hessischen Landesgrenze die weitere Zusammenarbeit zu diskutieren. Die Stadt an der Werra bildete zugleich auch den ersten Ansatzpunkt der politischen Gemeinsamkeiten. Die ungebremsste Einleitung von salzhaltigem Abwasser in die Werra durch den Düngemittelkonzern K & S wird abgelehnt. Hier müssten nach Auffassungen der LINKEN die beiden Landesregierungen endlich aktiv werden, um die Umwelt und die Bevölkerung vor den Auswirkungen der Umweltverschmutzung zu schützen. „Bloße Lippenbekenntnisse und freundliche Arbeitsgruppensitzungen in der Region reichen nicht aus. Stattdessen müssen endlich klare Ansagen an die Konzernleitung gemacht werden, dass das Unternehmen wie jeder anderer Betrieb auch seinen Abfall ordnungsgemäß zu entsorgen hat und nicht lustlos in der Umwelt ankippen darf“, fordern die Linkspolitiker.

Auf der Beratung wurde ebenfalls vereinbart, künftig mindestens einmal jährlich gemeinsame öffentliche Veranstaltungen durchzuführen. Dabei sollen auch politische Ansprüche mit Aktionen verbunden werden, die Menschen dazu einladen, sich stärker als bisher für gesellschaftliche Veränderungen zu engagieren. „DIE LINKE ist eine Mitmachpartei, die davon lebt, dass sich jede und jeder einbringt. Wir bleiben die Partei für den Alltag“, betonen abschließend Anja Müller und Sascha Bilay.

Anja Müller, Sascha Bilay  
Kreisvorsitzende

### **Katja Wolf gratuliert Ihren KollegInnen in Bremen**

Ich freue mich für meine Partei und meinen Kollegen in Bremen. Wir haben es zum 2. Mal geschafft in die Bürgerschaft einzuziehen. Die Linke hat sich damit in dem kleinsten Bundesland Deutschlands etabliert. Einige hätten sich vielleicht gewünscht, dass wir in Bremen ausgeflogen wären bzw. ein schlechteres Ergebnis einfahren. Insbesondere die, die in Bremen für eine Politik verantwortlich sind, die nicht gerade optimal war, insbesondere im sozialen Bereich. ...“

kommentiert die Eisenacher Landtagabgeordnete die Bürgerschaftswahl in Bremen, bei der DIE LINKE nach der Prognose zwischen 5,5 und 6 Prozent der Stimmen geholt hat.

Wir konnten wieder einziehen und das mit mehr als fünf Prozent, das ist ein klares Zeichen für unsere Politik, sagt die Landtagabgeordnete.

Dieses Ergebnis setzt aber auch ein klares bundespolitisches Signal. Es ist eine schwere Schlappe für die Bundesregierung, unterstreicht Wolf abschließend.

Katja Wolf

### **Katja Wolf befürchtet, dass K+S den Runden Tisch nur als Feigenblatt benutzt**

**„Dialog ist immer gut. Nur am Ende muss dem Reden auch Handeln folgen“, merkt Katja Wolf, umweltpolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion, zur Wiederaufnahme der Arbeit des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ an.**

Eine saubere Werra lasse sich eben nicht herbei reden. Vielmehr müsse K+S endlich bereit sein, dafür auch etwas zu tun, unterstreicht die Umweltpolitikerin, die befürchtet, „dass der Konzern die Arbeit am Runden Tisch nur als Feigenblatt nutzt, um Zeit zu schinden. Zeit, in der die Werra nach dem Weiter-So-Prinzip mit Kalilauge belastet, das Grundwasser gefährdet und verschmutzt wird.“

Aus genau diesem Grund haben die LINKE-Fraktionen ja ein Gutachten in Auftrag gegeben, so Frau Wolf weiter. Es gehe darum, zu zeigen, dass es möglich sei, Gewässerschutz und Erhalt der Arbeitsplätze zu vereinbaren. Die Linksfraktionen rechnen noch in diesem Jahr mit Ergebnissen. Dabei werde deutlich, „welche Produktionsverfahren zum Schutz der Umwelt und zur Erhöhung der Ausbeute angewendet werden könnten, wenn K+S bereit wäre, nur einen Teil seiner enormen Gewinne in neue Techniken zu investieren. Trinkwassergefährdung und die Versalzung Werra sind vermeidbar“, betont Katja Wolf und kündigt an: „Die Ergebnisse des Gutachtens stellen wir natürlich auch gerne dem Runden Tisch zur Verfügung.“

Katja Wolf

### **Schulnetzplan zeigt Konzeptionslosigkeit der Verwaltung**

Der Entwurf der Fortschreibung des Schulnetzplanes für die Stadt Eisenach hat in der Öffentlichkeit zu Verwirrung und Verunsicherung geführt. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat war noch niemals zuvor ein so konzeptionsloses Papier als Grundlage der Diskussion um das Schulnetz durch die Verwaltung vorgelegt worden. Offensichtlich ist, dass der Vorschlag der Verwaltung vor dem Hintergrund des mehr als knappen Stadtsäckels zuallererst dem Grundsatz größtmöglicher finanzieller Einsparungen für die Sanierung und Instandhaltung der Schulgebäude folgt. Aber selbst da ist keine durchgängige Logik zu erkennen. Zudem sehen wir es als falsch an, Schulstandorte an rein fiskalischen Kriterien festzumachen. Im Vordergrund stehen die Kinder und Jugendlichen, die Lehrer und Eltern, die erwarten, dass mit einer Schulnetzplanung langfristig ein geordneter, gesicherter Schulbetrieb möglich ist und die Wege zur Schule so kurz wie möglich sind.

Wir unterstützen als Fraktion und Stadtvorstand DIE LINKE dieses Anliegen der Eltern, Schüler und Lehrer der

betroffenen Schulen und ihren Protest und ermutigen sie, Alternativen vorzuschlagen und für ihre Umsetzung zu streiten. Als Fraktion im Stadtrat haben wir selbst auch Vorschläge für die Beratung im zuständigen Ausschuss und für die öffentliche Diskussion zur Fortschreibung des Schulnetzplanes unterbreitet und erwarten, dass die Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger in die nachfolgenden Debatten nach der Einbringung des Verwaltungsentwurfs in der Stadtratssitzung am 19. Mai 2011 aktiv einbezieht.

Freundliche Grüße

Karin May  
Fraktionsvorsitzende

Michael Richter  
Vorsitzender des Stadtvorstandes

### **LINKE-Landtagsfraktionen geben Studie zu alternativen Produktions- und Entsorgungsverfahren im Kalirevier in Auftrag**



**Die beiden LINKEN-Fraktionen im Hessischen und im Thüringer Landtag haben mit Blick auf den Düngemittelhersteller Kali und Salz (K+S) eine Studie zu „Alternativen Produktions- und Entsorgungsverfahren im thüringisch-hessischen Kalirevier“ in Auftrag gegeben. Dazu und anlässlich der heutigen Aktionärsversammlung von K+S erklärt Katja Wolf, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag:**

„Gewässerschutz ist machbar! Das wollen die beiden LINKEN-Landtagsfraktionen aus Hessen und Thüringen in einer Studie zu ‚Alternativen Produktions- und Entsorgungsverfahren im thüringisch-hessischen Kalirevier‘ belegen.“

K + S betreibe einen unsere Lebensgrundlagen gefährdenden Raubbau an wichtigen Bodenschätzen, so die umweltpolitischen Sprecherinnen der beiden Landtagsfraktionen, Katja Wolf aus Thüringen und ihre Kollegin Marjana Schott aus Hessen.

Man habe deshalb den Diplom-Geologen und Geochemiker Dr. Ralf Krupp, der bereits mehrfach Studien zur Werraversalzung durch K+S erarbeitet habe, damit beauftragt aufzuzeigen, dass die Kaliproduktion mit weit weniger Umweltzerstörung, weniger Bergbaufolgeschäden und einer höheren Ausbeute betrieben werden könnte. Katja Wolf: „Wir wollen K+S und den Landesregierungen deutlich machen, welche Produktionsverfahren zum Schutz der Umwelt und zur Erhöhung der Ausbeute angewendet werden könnten, wenn K+S bereit wäre, nur einen Teil seiner enormen Gewinne in neue Techniken zu investieren. Trinkwassergefährdung und die Versalzung Werra sind vermeidbar.“

Leider zeige der Konzern derzeit kein Interesse, in umweltverträglichere Produktionsverfahren zu investieren. Genau damit sei es möglich, auch zukünftig die Arbeitsplätze zu sichern. Es sei nicht hinnehmbar, dass K+S über seine Lobbyarbeit in Brüssel selbst den ‚Stand der Technik‘ in der Kaliproduktion definiere. Mit dem wenig überraschenden Ergebnis, dass dabei die Gewinnmaximierung des Konzerns an erster Stelle stehe, so Schott und Wolf abschließend.

**Hinweis:** Erste Ergebnisse der Studie erwarteten die beiden Fraktionen bereits im September.

Katja Wolf

### **Ist das Ende der 1-Euro-Job in Sichtweite gerückt?**



„1-Euro-Job“, das klingt nach „billig“, sie sind aber weder gut noch billig. Nicht gut, weil sie oft menschenunwürdig sind, und nicht billig, weil sie eines der teuersten Unterfangen bundesdeutscher „Arbeitsmarktpolitik“ überhaupt sind. Allein 2010 gab die Bundesagentur dafür 1,7 Milliarden Euro aus. Die 1-Euro-Jobs sind immer von Erwerbslosenverbänden, Gewerkschaften, linken Parteien, dem Handwerk und jüngst auch vom Bundesrechnungshof mit Recht kritisiert und bekämpft worden. Nicht ohne Grund. Die derzeit rund 170000 Langzeitarbeitslosen werden oft unter Androhung harter Sanktionen für Tätigkeiten rekrutiert, die entweder reguläre Beschäftigung ersetzen oder durch „Lohnkostenvorteile“ private Wettbewerber auf dem Markt verdrängen. Laut Bundesrechnungshof kommen über die Hälfte der 1-Euro-Jobs nicht rechtens zu Stande. In immer selteneren Fällen „handelt es sich um eine sozialversicherungsfreie Beschäftigung bei einem geeigneten Träger“. Kommt nun das Ende der Billiglöhnerie? Nein. Ministerin von

der Layen will die Vergütung der in den Maßnahmen Beschäftigten nicht erhöhen. Ihr geht es darum, Einsparungen bei den Jobcentern durchzusetzen. Deshalb plant sie, die Vergabe der 1-Euro-Jobs für deren Nutzer weniger attraktiv zu machen. Künftig soll die „Betreuungspauschale“ von maximal 500 Euro gekürzt werden. Damit aber würde sich der Einsatz von Arbeitslosen als Gärtner oder als Hausmeisterhelfer in Schulen und Altenheimen nicht mehr lohnen. Der Stopp der 1-Euro-Jobs als Gelddruckmaschine für einige Maßnahmeträger ist zu begrüßen. Aber nur, wenn die gestrichenen Gelder der Arbeitsmarktpolitik erhalten bleiben, statt in der Kasse den Finanzminister zu landen. Es gibt genug Bedarf an Weiterbildungsmaßnahmen, die ihren Namen verdienen und guter öffentlich geförderter Beschäftigung.

Uwe Schenke



Hunderte Menschen versammelten sich bei strahlenden Sonnenschein zur Maikundgebung auf dem Eisenacher Marktplatz am vergangenen Sonntag. Monika Sossna vom Verein „Start“ aus Erfurt vorderte, dass der wirtschaftliche Aufschwung in unserem Land endlich auch bei den Menschen ankommen muss. Lohnabhängige haben in der Krise genug zur Stabilität und anschließenden Wachstum durch Lohnverzicht und Kurzarbeit beigetragen. Doch die Arbeitgeber auch in Thüringen setzen weiter auf Lohndumping, stellte Monika Sossna fest. Sie forderte einen gerechten Anteil am Wachstum für die Arbeitnehmer!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit forderte Uwe Laubach (DGB)! Und verwies in seiner Rede auf Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeit. Immerhin sei es durch Verhandlungen gelungen, dass mittlerweile zehn Betriebe aus der Region ihren Leiharbeitern Zulagen zahlten. „Ein toller Erfolg, aber die Leiharbeit müsse allgemein weiter eingedämmt werden“ so Laubach.

Umrahmt wurde die Feier zum 1. Mai von Spiel, Spaß und guter Musik der Rock-Gruppe "Cross Style" aus Eisenach.

Ich möchte mich persönlich und von ganzen Herzen bei allen Beteiligten für dieses gelungene Maifest herzlich bedanken. Einen ganz besonderen Dank an diejenigen, die durch ihre Spenden, ihrem Engagement mit dazu beigetragen haben, dass DIE LINKE EISENACH durch unseren neuen Pavillon, neue Fahnen und neue Ideen eine starke Präsenz in unserer Stadt zeigen konnte und künftig zeigen wird!

Michael Richter

## DAS IST DAS MINDESTE! FAIRE LÖHNE, GUTE ARBEIT, SOZIALE SICHERHEIT



*Unter diesem Motto ruft der DGB die Bürger zu landesweiten Demonstrationen am 1. Mai 2011 auf. Auch DIE LINKE-EISENACH macht mobil zum diesjährigen Tag der Arbeit.*

**Zeit und Leiharbeit, Lohn und Gehaltskürzungen, Arbeitnehmerfreizügigkeit, immer mehr Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte und der Abbau sozialer Sicherheit verdeutlichen eine neue, künftige Qualität des internationalen Kampfes der Arbeiter um Lohn und Brot. Kommt alle zu den Veranstaltungen in Eisenach und Bad Salzungen und unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften und unserer Partei für Mindestlöhne, Gleiches Geld für gleiche Arbeit, stabile Renten und Stopp dem Sozialabbau!**

Eisenach 10:00 Uhr Auftakt am Bahnhof, Demonstrationzug zum Marktplatz mit anschließender Kundgebung und Familienfest. Zur musikalischen Umrahmung zum ersten Mal dabei die Eisenacher-Band „Cross-Style“

Bad Salzungen 13:00 Uhr am Pressenwerk mit interessanten Gästen, Musik und Programm. Für Bratwurst, Bier, andere diverse Getränke sowie Kaffee und Kuchen ist bestens gesorgt.

Michael Richter



Heute am 26. April 2011 jährt sich zum 25. Mal die Atomreaktorkatastrophe in Tschernobyl. Für Katja Wolf ein Tag zum mahnenden Gedenken an die vielen Strahlenopfer, die es auch heute noch gibt, aber ihrer Meinung auch ein Tag mit Blick auf einen Umstieg in eine friedliche und zukunftsfähige Energiewirtschaft. Die umweltpolitische Sprecherin sagt: „nach 25 Jahren ist es an der Zeit die richtigen Konsequenzen zu ziehen.“ Der Autoausstieg ist ihrer Meinung zwingend.

Tschernobyl ist 25 Jahre her, Fukushima erst wenige Wochen. Beide Vorfälle bereiten den Menschen Sorge und stellen eine unvergleichbare Katastrophe dar.

Infolge des Unglücks in dem nur wenige Kilometer von der weißrussischen Grenze gelegenen Kraftwerk wurden weite Gebiete der Ukraine, Russlands und Weißrusslands verseucht. Die Strahlung, die der Explosion von mindestens 200 Hiroshima-Atombomben entsprach, breitete sich auch über weite Teile Europas aus.

Katja Wolf

## Aufstand auch in der Türkei!

### Infoveranstaltung über die kurdische Befreiungsbewegung zwischen rätedemokratischer Selbstbestimmung, EU und politischem Islam

- Warum wechseln sich in den letzten Jahren in diesem Konflikt militärische Auseinandersetzungen und relative friedliche Phasen ab?
- Was will die kurdische Befreiungsbewegung in der Türkei erreichen? Warum wird sie trotz Reform-Beteuerungen der türkischen Regierung und EU-Beitrittsprozess mit Repression konfrontiert?
- Wie ist die ungelöste kurdische Frage angesichts der neuen Aufstände im Mittleren Osten zu sehen?
- Welche Rolle spielen Deutschland, EU und NATO in diesem Konflikt?
- Warum werden viele der 800.000 KurdInnen in Deutschland seit Jahren kriminalisiert?



Vortrag und Diskussion mit

**Dr. Nick Brauns**, Historiker und Journalist (Junge Welt);

Co-Autor des Buches: PKK - Perspektiven der kurdischen Befreiungsbewegung: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam, Schmetterling-Verlag Stuttgart 2010

Am **28. April 2011** -- um **19.30 Uhr**

Ort: Buchhandlung **Die Leselust**, Georgenstraße 2, Eisenach

Veranstalter: Die Linke.Wartburgkreis-Eisenach und



## Verwundert über den Minister



Mit großer Verwunderung habe ich die Äußerungen von Minister Jörg Geibert zu Ostern aufgenommen. Ohne Frage, dass es eine Lösung für Eisenach geben muss, steht aus





Frage.

Die Linke hat mit Ihrem Gesetzentwurf (Gesetz zur Stärkung der Wartburgregion durch kommunale Neugliederungsmaßnahmen) vor gut 5 Monaten versucht, darüber zu diskutieren. Jedoch wurde der Gesetzentwurf abgelehnt und das ohne jegliche Beratung im zuständigen Ausschuss. Damit hat die Regierungskoalition eine große Chance

vergeben, ist sich Wolf sicher. Deshalb ist sie nun mehr als verunsichert, dass gerade jetzt der Vorschlag von CDU Minister Geibert kommt. Warum hat man nicht in Ruhe über unseren Gesetzentwurf beraten.

Die Eisenacherparlamentarierin verweist darauf, dass Ihre Fraktion nicht nur den Gesetzentwurf im Dezember sondern bereits auch schon fast genau drei Jahre vorher einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht hatte.

Schon damals hat man sich einer sachorientierten Debatte verweigert und den Gesetzentwurf ohne eigene Vorschläge abgelehnt.

„Die Aussagen des Thüringer Innenministers überraschen, hatte er doch im Dezemberplenium entschieden gegen einen Gesetzentwurf der LINKEN zur Einkreisung Eisenachs in den Wartburgkreis gesprochen. Es ist kaum zu unterstellen, dass Herr Geibert erst in den letzten Tagen zu neuen Erkenntnissen gekommen ist“, hinterfragt Katja Wolf.

In meinen Augen wird das Land seiner Verantwortung in dieser Frage nicht gerecht. Denn man hat um die Probleme Eisenachs zu lösen, extra eine Arbeitsgruppe gebildet, dieser gehört auch der Minister an, jedoch wurden dort die Vorschläge von Herrn Geibert nie beraten. Das stellt man sich schon die Frage, was man dort beredet und ob mit so einer Äußerung nicht auch eine vertrauensvolle Arbeitsatmosphäre aufs Spiel gesetzt wird, wenn man an die Öffentlichkeit geht, ohne mit den Betroffenen gesprochen zu haben.

Katja Wolf

**Atomwaffen abschaffen!  
Atomkraftwerke abschalten!  
Afghanistankrieg beenden!**



unter diesem Motto fand die Thüringer Antikriegs-Kundgebung am Ostersamstag von 10 Uhr bis 12 Uhr in Ohrdruf statt. Aufgerufen hatten zu dieser Kundgebung neben der Partei Die LINKE, die Grünen und der DGB. Im Vorfeld der Veranstaltung wurde an der Ohrdruffer Kaserne 81 Kreuze, für jeden in Afghanistan getöteten deutschen Soldaten eins, aufgestellt. Über 150 Menschen machten sich um kurz nach zehn auf den Demonstrationszug ab Bahnhof Ohrdruf in Richtung Marktplatz. Viele waren nach mehreren Jahren zum ersten Mal wieder dabei - und brachten jetzt ihre Kinder mit. Aus aktuellem Anlass waren neben den Friedenstauben auch Anti-AKW-Transparente im Zug vertreten. Zur Kundgebung auf dem Marktplatz in Ohrdruf war die Gruppe dann auf 200 angewachsen.

Ein Liedermacher begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit alten und neuen Songs, mehrere Redner der LINKEN und Grünen sprachen sich für die Beendigung der Kriegseinsätze und der schnellstmöglichen Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke. 2010 war das verlustreichste Jahr am Hindukusch. Dieser Krieg bringt den Menschen in Afghanistan nur Leid und keine sichere Zukunft. Trotzdem hat die NATO beschlossen den Krieg bis 2013 weiter zu führen und wird diesen vermutlich auch danach nicht beendet haben. Als treuer Verbündeter heißt das für die Deutsche Regierung, weiter so. Und damit nicht genug, auch anders wo sieht man Gelegenheit deutsche Soldaten in den Krieg zu schicken. Als ob es nicht schon genug Not und Elend gäbe. Solange sich Deutschland an militärische Einsätze beteiligt, treffen wir uns weiter –auch im kommenden Jahr- zum Friedensostermarsch in Ohrdruf!

Uwe Schenke

**Linke und ihr Verhältnis zum Laizismus**



Für Karl Marx war, zumindest was Deutschland betrifft, die 'Kritik der Religion im Wesentlichen beendet'. Er sah

das Religiöse entlarvt als 'Seufzer der bedrängten Kreatur' und, bekanntlich, als 'Opium des Volkes'. 128 Jahre nach seinem Tod tun sich seine linken Nachfahren, ob in der SPD, bei den Grünen oder der Partei DIE LINKE nun schwerer. Zu diesem Thema führt der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE am 27. April, 19:00 Uhr im Augustiner Bräu, eine Bildungsveranstaltung durch. Referent an diesem Abend ist Uwe Schenke, bekennender Freidenker.

### Hartz IV Bildungspaket: Jetzt Ansprüche sichern!



Bezieher von Hartz IV, Sozialhilfe, Wohngeld oder des Kinderzuschlags müssen auch in Eisenach nun schnell die neuen Leistungen für Kinder und Jugendliche ("Bildung und Teilhabe" auch genannt Bildungspaket) beantragen, um sich eine Nachzahlung zu sichern. Während die Verantwortlichen des Jobcenters und des Sozialamtes im Wartburgkreis ihre Hausaufgaben erledigt haben, scheint in Eisenach „Dornröschenschlaf“ der Kompass zu sein. Die Nachzahlung für das Bildungspaket sind terminlich klar festzementiert und gibt es bis Ende April nur auf Antrag in Form einer Geldzahlung und unter erleichterten Bedingungen: So muss nicht nachgewiesen werden, dass ein Kind tatsächlich ein an der Schule angebotenes Mittagessen wahrgenommen hat oder tatsächlich Angebote von Vereinen genutzt hat. Um die Nachzahlung zu bekommen, müssen unbedingt bestimmte Fristen eingehalten werden: Wer Hartz IV oder Sozialhilfe bezieht, muss spätestens bis zum 30. April einen Antrag stellen, wer Wohngeld oder den

Kinderzuschlag bezieht, spätestens bis zum 31. Mai.

Die Nachzahlung für den Zeitraum 1. Januar bis 31. März beträgt mindestens 30 Euro. Wird in der Schule oder der Kita ein Mittagessen angeboten, dann sind es sogar mindestens 108 Euro pro Kind. Hinzukommen kann noch eine Erstattung der Kosten für Schülermonatsfahrkarten sowie Schul- und Kita- Ausflüge. Das Geld bekommen Hartz-IV- und Sozialhilfeberechtigte aber nur, wenn sie spätestens bis zum 31. April einen Antrag im Sozialamt bzw. Jobcenter stellen, beides ist möglich. Anspruch auf eine Nachzahlung haben auch Bezieher von Wohngeld oder dem Kinderzuschlag. Für diesen Personenkreis wird sogar der Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Mai über eine Nachzahlung abgegolten. Entsprechend können Anträge bis Ende Mai gestellt werden und die Auszahlungsbeträge liegen höher. Sie betragen mindestens 50 Euro pro Kind beziehungsweise mindestens 180 Euro bei

einer Mittagsverpflegung. Für die Nachzahlungen gelten auch erleichterte Bedingungen: So muss nicht nachgewiesen werden, dass ein Kind tatsächlich ein an der Schule angebotenes Mittagessen wahrgenommen hat oder tatsächlich Angebote von Vereinen genutzt hat.

Einen Antrag zum Bildungspaket kann in Eisenach Nord über Lydia Duft, an der Karlskuppe über Herrn Schenke und in Eisenach Mitte über das Büro der Partei DIE LINKE eingesehen werden.

Uwe Schenke, Vorsitzender Sozial - und Bildungsausschuss

### Das System Leiharbeit muss kritisch hinterfragt werden



Anlässlich der morgigen in Eisenach stattfindenden Zeitarbeitermesse im Bürgerhaus äußert sich der Stadtvorsitzende der Linken Michael Richter kritisch zu Thema Zeitarbeit. Die Entwicklung der Zeitarbeiterbranche mahnt uns alle zum Handeln. Die Zeitarbeit - und damit prekäre Beschäftigung – boomt: Der Anteil der Beschäftigten in der Leiharbeitsbranche in Thüringen betrug per 30.06.2010 rund 3,7 Prozent. Deutschlandweit lag der Anteil zum gleichen Zeitpunkt bei knapp 3 Prozent. Dies geht aus den Antworten auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Entwicklung der Leiharbeit in Thüringen hervor. Festzuhalten ist, Lohndumping innerhalb der Zeitarbeitsbranche konnte bis jetzt nicht gestoppt werden.

Hier ist nach Ansicht der Linken schnelles Handeln geboten. Dazu gehören vor allem die Einführung des Mindestlohnes für die Zeitarbeitsbranche und die Verbesserung des Kündigungs- und Arbeitsschutzes für Leiharbeiter.

So fordert die Fraktion die Linke schon seit längerem die drastische Eindämmung von Zeitarbeitsplätzen und die Schaffung unbefristeter sozialversicherungspflichtiger und vor allem Existenz sichernder Arbeitsplätze für Thüringen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist das Gebot der Stunde! sagt Michale Richter abschließend und greift damit die Forderung der Gewerkschaften auf.

**Angeichts aktueller Diskussionen zur Novelle der Thüringer Schulordnung erklärt die Eisenacherin Katja Wolf: „Das, was Herr Minister Matschie jetzt an Umgestaltungen im Thüringer Schulsystem vorschlägt, ist teilweise längst überfällig. Dies allerdings über die Köpfe der betroffenen Lehrer, Schüler und Eltern hinweg anzuweisen, ist der völlig falsche Weg und birgt die Gefahr des Scheiterns noch ehe mit der notwendigen Umgestaltung auch nur ansatzweise begonnen wurde.“ Mit diesem Agieren ist sein Vorhaben zum Scheitern verurteilt.**



Die Landtagsabgeordnete verweist auf die Notwendigkeit der Umgestaltung des Schulsystems in Thüringen. „Längeres gemeinsames Lernen, gemeinsamer Unterricht von Schülern mit und ohne Förderbedarf und die Stärkung reformpädagogisch orientierter Ansätze an den Schulen müssen die Ziele einer Schulreform sein. Wir wollen eine neue Schule der individuellen Förderung jedes einzelnen Schülers ohne Beschämung. Dies kann man aber nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg anweisen und von jetzt auch gleich geschehen. Dafür müssen alle am Bildungsprozess beteiligten Akteure gewonnen

und motiviert werden“, fordert Frau Wolf.

Allerdings müssten vor einer solchen Umgestaltung der Schullandschaft die notwendigen personellen und sonstigen Voraussetzungen an den Schulen geschaffen werden. „Eine Bildungsreform, ausgetragen auf den Rücken der Pädagogen und damit zu Lasten der Bildungsqualität, lehnen wir ab. Eine Bildungsreform muss zu einer spürbaren Verbesserung der Bildungsqualität führen und darf nicht zu einer von oben durchgedrückten Strategie von halbherzig umgesetzten Wahlversprechen verkommen“, so Katja Wolf abschließend.

### **Zukunftsfähige Kommunalwirtschaft!?**

(Karin May)



Am 5. April 2011 fand im Bürgersaal des Gothaer Rathauses die Auftaktveranstaltung für das im Jahr 2012 im Freistaat Thüringen geplante demografische Themenjahr Kommunalwirtschaft statt. Gestaltet wurde sie vom „Verbundnetz für kommunale Energie“ – ein Diskussionsforum ostdeutscher Kommunalpolitik.

Die Vorträge befassten sich mit den Aspekten der demografischen Entwicklung in Thüringen mit ihrer besonderen Relevanz für die Kommunalwirtschaft. Nach dem vorgelegten statistischen Material verlor Thüringen von 1990 bis 2009 knapp 14% der Landesbevölkerung. Nach der

Prognose werden es bis zum Jahre 2030 noch einmal gut 18% sein. Insgesamt wird dies von 1990 bis 2030 einen Bevölkerungsrückgang um 800 000 Personen ausmachen. Die Landesbevölkerung wird damit auf ca. 1,84 Mio. im Jahre 2030 sinken. Vom Bevölkerungsverlust überdurchschnittlich betroffen ist die Stadt Suhl mit 42% und die Landkreise Kyffhäuserkreis (35,3%), Greiz (32,6%), Saalfeld-Rudolstadt (30,8%) und das Altenburger Land (29,4%) von 2009 bis zum Jahre 2030. Der Wartburgkreis liegt mit einem Rückgang um 23,8% im Mittelfeld der Thüringer Landkreise. Für die Stadt Eisenach fällt der Verlust um 5,3% vergleichsweise noch gering aus. Einzige Städte Erfurt, Jena und Weimar können mit einem Bevölkerungszuwachs rechnen.

In dem Tagungsmaterial wird festgestellt: „Hauptursache ist und bleibt die geringe Fertilität – auch in Thüringen werden zu wenige Kinder geboren.“ Es wurde die durchschnittliche Geburtenzahl von 1,4 Kinder pro Frau genannt – eine Zahl, die mich an ein Gedicht von Erich Kästner mit dem Titel „Patriotisches Bettgespräch“ erinnerte, wo ein Minister sich vor dem Landtag über den Geburtenrückgang echauffert: „Auf tausend Deutsche kämen wohl pro Jahr gerade 19 Komma 04 Kinder. 04! Und so was hält der Mann für wahr! Dass das nicht stimmen kann, sieht doch ein Blinder. Die Kinder hinterm Komma können bloß von ihm und anderen Ministern stammen. Und solcher Dezimalbruch wird mal groß! Und tritt zu Ministerien zusammen.“ In diesen Rahmen passte die Aussage des Thüringer Ministers für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Herr Christian Carius, der in seinem Vortrag schlussfolgerte, dass vor dem Hintergrund der negativen demografischen Entwicklung die kommunalen Dienstleistungen entweder teurer werden oder zurückgebaut werden müssten – ein Angebot, dass auf jeden Fall nach Alternativen verlangt.

In der Tat bedeutet ein Geschehenlassen der negativen Bevölkerungsentwicklung für die Kommunen unter den Bedingungen des Staus quo eine immer geringer werdende Finanzausstattung und erhebliche Auswirkungen auf die Aufgaben der Daseinsfürsorge wie die Wohnungswirtschaft, der ÖPNV, die Energieversorgung, der Abfallwirtschaft, der Wasserver- und entsorgung, der Kultur etc. Deshalb können und dürfen künftige Handlungsstrategien sich nicht auf ein Reagieren im neoliberalen Sinne beschränken. Der Analyse des Ist-Zustandes müssen Maßnahmen folgen, die Thüringen für junge Menschen attraktiv macht und ihnen erlaubt, verantwortungsvoll Kinder aufzuziehen und die den Seniorinnen und Senioren ein selbst bestimmtes Leben sichert.

Dazu gehören natürlich eine ganze Menge Veränderungen qualitativer Art, die eigentlich mit Händen zu greifen und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind. DIE LINKE kann dabei sehr viel mehr tun als nur Verheißungen auf eine bessere Zukunft.

Die nachdenklichen, ernsten Gesichter der Bürgermeister, Landräte, der Verwaltungsangestellten und der Abgeordneten aus kommunalen Vertretungen und dem Landtag am Ende der Veranstaltung lassen hoffen, dass in dem geplanten demografischen Themenjahr 2012 die Ursachen der auf dem Kopf stehenden Alterspyramide klar benannt und die Handlungsoptionen sich darauf richten, lebens- und lebenswerte Arbeits- und Lebensbedingungen in Thüringen zu schaffen. Dazu gehört mit Sicherheit kein Niedriglohn.



„Wir müssen diesen Unfug so schnell wie möglich beenden“, findet LINKE-Landtagsabgeordnete Katja Wolf.

Sie nicht nur an einigen Sitzungen zum Thema „B19-Verlegung“ teilgenommen, sondern auch die umfangreichen Unterlagen zum Raumordnungsverfahren gesichtet. Danach bleibt ihr Einschätzung: „Dieses Projekt ist unsinnig, alle Varianten sind an Mensch und Natur vorbei geplant, die Planungsgrundlagen sind an vielen Stellen oberflächlich, die Verkehrsprognosen viel zu optimistisch und das eigentlich Ziel wird nicht erreicht“, so Wolf. Lediglich die Ortsumgehung von Etterwinden sei sinnvoll, alles andere gehöre umgehend auf den Abfallhaufen der Planungsgeschichte. Für fadenscheinig halte sie die Argumentation, eine Ortsumgehung gebe es nur mit der

Umverlegung der B19 über Mosbach. „Das ist ein Totschlagargument. Natürlich ist die Verkehrsberuhigung des Ortes wichtig. Sie geht aber auch ohne die große Lösung!“ ist sich Wolf sicher.

Das eigentliche Ziel dieser Verlegung aus dem Raum Etterwinden/Wilhelmsthal durch den Thüringer Wald bis nach Wutha sei ja gewesen, vor allem dem Schwerlastverkehr eine schnellere Anbindung an die A4 zu verschaffen.

Es gibt Alternativen für die bessere Anbindung des Südthüringer Raumes. Mit der vorgeschlagenen Lösung werde nur neuer Verkehr angezogen, die Belastungen würden sogar noch steigen, ist sich die Abgeordnete und Stadträtin sicher. „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten! Dieser Weg ist aber eine Sackgasse!“ Stattdessen bräuchten wir Konzepte, LKWs weg zu bringen von der Straße.

„Es wird nur ein massiver, zerstörerischer Eingriff in die Natur erreicht, der zudem noch die Anwohner der künftigen Neubaustrecke massiv belastet. Von den negativen touristischen Folgen gar nicht zu sprechen“, so Wolf. Und auch bei den Baukosten fürchtet Wolf, dass diese nicht bei den jetzt angegebenen 100 bis rund 140 (je nach Variante) Millionen Euro bleiben werden.

Die Flächenversiegelung wäre enorm – auf Kosten der Natur aber auch nachfolgender Generationen. „Das kann nicht unser Ernst sein!“

Wolf wirft auch die Frage nach Grenzen menschlichen Handelns auf. „Müssen wir den Kamm eines Mittelgebirges mit ungebremsten 100km/h überwinden? Muss ein unberührtes Waldstück für den Geschwindigkeitswahn geopfert werden? Ich finde nein!“

Für die Linke-Politikerin bleibt das Fazit: „Diese Strecke macht keinerlei Sinn. Hier sollen Millionen gegen die Natur und den Menschen verbaut werden. Das kann nicht Sinn nachhaltiger Politik in Thüringen sein“. Alternativ sei es möglich die vorhandene Strecke sensibel zu erweitern, Überholmöglichkeiten und Kriechspuren zu schaffen, den Schwerlastverkehr stärker auf die Autobahnen umzuleiten.

„Diese neue B19 darf nie gebaut werden! Der Preis ist viel zu hoch. Ökologisch wie ökonomisch.“, so Wolf abschließend.

### **Problematik der Werraversalzung steht auf der Tagesordnung eines länderübergreifenden Treffens**

Das Thema der Werraversalzung ist seit einigen Jahren ein großes Problem der Region. Von an Anfang hat sich die Linke damit beschäftigt und Alternativen gefordert.

Mit diesem Umweltproblem befassen sich aber nicht nur Thüringer Abgeordnete und Kommunalpolitiker. Seit geraumer Zeit treffen sich Landtagsabgeordnete aus Hessen und Thüringen regelmäßig. Die Thüringer Abgeordneten Tilo Kummer, Katja Wolf, und die hessische Landtagsabgeordnete Marjana Schott stehen im ständigen Austausch. Am nächsten Montag kommt zudem die Europaabgeordnete Sabine Wils einem Gespräch hinzu.

Besprechen will man das weitere Vorgehen zum Thema in den betroffenen Landtagen und dem europäischen Parlament.

Folgende Schwerpunkte sollen besprochen werden:

- Hauptthema: alternative Methoden der Kaliproduktion, vorgetragen von Dr. Ralph Krupp (evtl. dazu Vorbereitung von Anfragen in den Parlamenten und einer Veranstaltung im Herbst)
- Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Besuch einer Thüringer Delegation bei der EU - Kommission
- Fragen der Haftung von K und S
- eventuell Anforderungen aus der Meeresschutzrichtlinie im Zusammenhang mit der Pipeline an die Nordsee
- bei Bedarf bzw. Notwendigkeit weitere Aspekte

Katja Wolf

Der Stadtrat und Vorsitzende des Sozial- und Bildungsausschusses in Eisenach, Uwe Schenke, führt am 04. April, seine monatliche Bürgersprechstunde von 16 bis 17 Uhr in den Räumen der Partei „Die Linke“, Georgenstraße 25 durch. Im Mittelpunkt der Sprechstunde stehen die neuen Beschlüsse des Bundestages zu SGB II und XII sowie die Auswirkungen des Haushaltssicherungskonzepts der Stadt. In der Sprechstunde können natürlich die Bürger auch andere Anliegen und Probleme vortragen. Zu dieser Zeit ist Uwe Schenke telefonisch erreichbar unter 213022. Termine können vorab unter Telefon 842236 oder unter der E-Mail-Adresse, uweatze@gmx.de vereinbart



werden.  
Uwe Schenke,

Vorsitzender Sozial- und Bildungsausschuss Eisenach  
Eisenach, den 03.04.2011

Vor Gericht wegen Demo gegen Neonazis?

Die Staatsanwaltschaft Dresden möchte die Fraktionschefs der Linken im hessischen Landtag, Janine Wissler und Willi van Ooyen, anklagen. Weil diese an der Blockade eines Neonazi-Aufmarschs mitgemacht haben.

Weiter:

#### **Einladung zum nächsten Begegnungsfrühstück**

*Am 04.04.2011 um 10Uhr im Abgeordnetenbüro „Katja Wolf“ in der Georgenstraße 25*



In Eisenach leben zahlreiche Menschen in Hartz IV. Das Sparpaket der Bundesregierung macht es Ihnen nicht gerade leicht, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Neuerungen sind nicht alle auf den ersten Blick zu durchschauen.

So findet seit geraumer Zeit einmal im Monat im Abgeordnetenbüro von Katja Wolf in Zusammenarbeit mit dem Stadtvorstand der LINKEN ein Begegnungsfrühstück statt. Dort können Betroffene und interessierte Bürger ihre Fragen und Probleme bei einem Frühstück darlegen und sich austauschen.

Im April wird der Eisenacher Rechtsanwalt Roland Gerstner anwesend sein. Er wird dazu Auskunft geben, wie man sich die Nachzahlung für Kinder sichert und neue Leistungen für sie beantragt. Wichtig ist dabei den Abgabeterminpunkt nicht zu verpassen, der 30. April 2011.

Wir würden uns über eine zahlreiche Teilnahme freuen.

Michael Richter  
Stadtvorstand „DIE LINKE. EISENACH“

Katja Wolf  
Abgeordnete des Thüringer Landtages

**Katja Wolf zum Equal Pay Day: 84 Tage mehr Arbeit sind 84 Tage zu viel**  
**Es müssten noch 84 Tage in der Bundesrepublik vergehen, bevor Frauen das Jahresgehalt 2010 verdient haben, das die Männer bereits am 31.12.2010 in der Tasche hatten. „Diesen Skandal bringt der Equal Pay Day am 25. März in Erinnerung, der stets jenen Tag markiert, an dem Frauen das männliche Jahresgehalt des Vorjahres erwirtschaftet haben“, sagt Katja Wolf. Auch in Eisenach wird morgen auf diesen Umstand aufmerksam gemacht, es wird vor dem Rathaus einen Infostand vom Arbeitskreis Frauen geben. Diesmal seien es sogar 20 Tage mehr als in Europa durchschnittlich gesehen, wo Frauen im Durchschnitt 17,5 Prozent weniger verdienen als Männer – im Gegensatz zu den 23 Prozent in Deutschland.**



Die Gründe seien bekannt: Hoher Anteil von Frauen im Niedriglohnsektor, Ausfallzeiten wegen Familienphasen, schlechtere Bewertung von so genannter weiblicher Arbeit und gläserne Decken an Hochschulen, in Unternehmen, in den Führungsetagen. Entscheidend sei jedoch, was dagegen unternommen werde. „In Deutschland ist das immer noch viel zu wenig“, kritisiert die Eisenacherin. „Alle beklagen diesen Umstand, aber kaum jemand bekämpft ihn wirklich.“ Notwendig sei eine ganz andere Wirtschaftspolitik, die Frauen nicht als Reservearmee für ausfallende männliche Fachkräfte ansieht, sondern Gleichstellung tatsächlich ernst meint. „Da aber in den Führungsetagen vor allem Männer sitzen und in den Köpfen der Entscheider – ob in Wirtschaft oder Politik – das Patriarchat fest verankert ist, kommen wir hier kaum voran“, kritisiert die Landespolitikerin. DIE LINKE fordert ein umfassendes Maßnahmenpaket, um die dauerhafte Schlechterstellung der Frauen zu

beenden. Dazu gehören:

- ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro
- das Ende der geringfügigen Beschäftigung und die Umwandlung von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- Umverteilung der Arbeit durch die Verkürzung der Arbeitszeit für Vollbeschäftigte bei vollem Lohnausgleich
- gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit und damit auch
- Besserbewertung von sogenannter weiblicher Arbeit
- die Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt
- die gesetzliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft und die
- Förderung von Frauen in Führungspositionen u.a. durch Einführung einer 50-Prozent-Frauen-Quote

### Neue Gebührensatzung zurücknehmen



In der Vorberatung zur Stadtratssitzung im März 2011 hat sich die Fraktion DIE LINKE darauf verständigt zu verlangen, den Beschluss über die 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindergärten und die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege von der Tagesordnung der Stadtratssitzung zu nehmen.

Als Gründe dafür sehen wir mehrere Probleme:

Erstens wurde durch die Stadtverwaltung, völlig korrekt, eine Anhörung zu dem Gebührenerhöhungsverlangen mit den Elternvertretungen der drei betroffenen städtischen Kindertagesstätten durchgeführt. An dieser Anhörung wollte unser Mitglied im Jugendhilfeausschuss teilnehmen, um selbst zu hören, was für einen Standpunkt die Elternvertreter dazu haben. Das wurde unserem Ausschussmitglied verweigert, obwohl der Jugendhilfeausschuss mit seinem besonderen Status Teil der Stadtverwaltung ist. Ein solcher Vorgang ist für uns nicht nachvollziehbar, und wir sind auch nicht gewillt, dies hinzunehmen.

Schließlich sollen die Jugendhilfeausschussmitglieder sachkundig entscheiden, werden aber in ihren Rechten beschnitten

Zweitens ergeben sich zwar aus dem zu realisierenden neuen Kindertagesstättengesetz des Landes Thüringen theoretisch keine Kosten für die Kommunen, da diese vom Land erstattet werden. Aber die Praxis stellt sich so dar, dass zum Beispiel seit der Gültigkeit des neuen Kitagesetzes ab dem neuen Kindergartenjahr August 2010 vom Land 40 Millionen Euro für die verbleibenden 5 Monate bereitgestellt wurden, aber vorher den Kommunen 93 Millionen Euro entzogen wurden, sodass da schon unter dem Strich rund 50 Millionen Euro fehlen. Das bedeutet für finanzschwache Kommunen wie Eisenach, dass vermutlich weitere Gebührenerhöhungen anstehen werden, auch wenn laut Gesetz mit den so genannten Spitzabrechnungen die tatsächlichen Kosten eruiert werden sollen, die angefallen sind. Darüber muss erst mal Klarheit bestehen, ob nach der jetzigen Erhöhung der Gebühren die nächsten anstehen und wie hoch sie ausfallen wird.

Darum sollte vor dem Beschluss zur Gebührenerhöhung klar sein, wie die Lasten tatsächlich insgesamt ausfallen. Denn eins steht fest, eine Erhöhung der Gebühren um jetzt 25,6 % und eine mögliche weitere Mehrbelastung ist besonders durch diejenigen Familien kaum zu leisten, deren bereinigtes Familieneinkommen knapp über dem Betrag der Gebührenbefreiung liegt.

Karin May  
Fraktionsvorsitzende

### 2. Mahnwache vor dem Eisenacher Rathaus



Zur 2. Mahnwache gegen die Atompolitik der Bundesregierung und zum Gedenken der Opfer in Japan trafen sich erneut über hundert Bürger vor dem Eisenacher Rathaus. Auch „DIE LINKE“ und „SOLID“ waren wieder mit dabei.

Michael Richter



Mahnende Worte fand das Vorstandsmitglied der Eisenacher Partei „DIE LINKE“ Norbert Göpfert in [seiner Rede](#) am 18.03.2011 anlässlich der Kranzniederlegung vor dem Mahnmal der Märzgefallenen in der Frankfurter Straße. Wie in jedem Jahr trafen sich Bürger, Gewerkschafter und Parteien aus der Wartburgstadt zum Gedenken an die am 18.03.1920 fünf ermordeten Eisenacher Bürger: August Gustav Schmidt, Friedrich August Voigt, Heinrich Adolf Niemeier, Emil August Volkert und Karl Emil Mengel.

Im März 1920 führte der Kapp-Putsch auch in der Region Gotha und Eisenach zu Streiks und Unruhen. Nachdem eine Militärpatrouille der Eisenacher Garnison bereits in der Nacht zum 17. März fünf Eisenacher Bürger in einem Waldstück nahe der „Hohen Sonne“ mit Schusswaffen festgenommen hatte, wurde am Folgetag ein patrouillierender Soldat von streikenden Arbeitern in der Stadt überrumpelt und entwaffnet. Dieses Ereignis führte seitens der Eisenacher Militärkommandantur zu einer Überreaktion, einer sofortigen Machtprobe mit der aufständischen Bevölkerung. Mit dem Auftrag, die entwendete Waffe und den Täter in der Frankfurter Straße aufzuspüren wurde ein bewaffneter Trupp von Infanteristen und Kriminalpolizisten in Marsch gesetzt. Nachdem die betreffende Person verhaftet worden war und die Waffe aufgefunden wurde kam es beim Abmarsch zu einer tumultartigen Situation, in der die Soldaten mit Handgranaten und Gewehrfeuer auf die Passanten und herbeieilende Arbeiter zum Angriff übergingen. Hierbei blieben neben einigen Schwerverletzten die fünf genannten Eisenacher Bürger mit tödlichen Verletzungen auf der Straße zurück, die restlichen Beobachter der Aktion flohen in Panik in umliegende Häuser und Straßen.

„Die Toten lehren und mahnen uns!“, so Norbert Göpfert in seiner Rede und verwies auf den wieder um sich greifenden Braunen-Ungeist,

Michael Richte

#### Mahnwache am Fuße der Wartburg



Zu einer stillen Mahnwache fanden sich am heutigen Montag, so wie in vielen Orten unseres Landes auch, Eisenacher BürgerInnen vor dem Rathaus der Stadt ein, um den Opfern der unvorstellbaren Naturkatastrophe in Japan ihr tiefstes Mitgefühl entgegen zu bringen. Gleichzeitig forderten die über 100 Teilnehmer der spontan organisierten Veranstaltung ein Umdenken in der Atompolitik unserer Bundesregierung und ein sofortiges Abschalten aller 17 Atomkraftwerke in Deutschland.

Michael Richter

**Ein denkwürdiger historischer Tag  
Verdient schöne Momente.**



Das 100 jährige Jubiläum der Begehung des Internationalen Frauentages, nahmen „DIE LINKE“ Wartburgkreis-Eisenach, die Rosa-Luxemburg-Stiftung-Club-Eisenach und das Eisenacher Frauenzentrum zum Anlass, in das Eisenacher Kleinkunsttheater „Theater am Markt“ zu einer Anti-Globalisierungskomödie nach Hans Weingärtners gleichnamigen Film „Die fetten Jahre sind vorbei“ einzuladen. Die über fünfzig Besucher ließen sich von den vier hervorragenden Darstellern des zum Teil auch sehr emotionalen Stückes begeistern. Resümee: Eine gesellschaftliche Bestandsaufnahme, die auch nach dem Theaterabend zum Nachdenken anregt.

Michael Richter

### **Gegen neue Gebührenbescheide sollten alle Widerspruch einlegen**

„Gegen die jetzt verschickten Gebührenbescheide des Trink- und Abwasserzweckverbandes Eisenach-Erbstromtal sollten alle Empfänger einen Widerspruch einlegen, sofern sie die Gebührenerhöhungen nicht akzeptieren“, fordert der Vorsitzende der LINKEN in der Wartburgregion, Sascha Bilay.

Der Kommunalrechtsexperte verweist darauf, dass mit den aktuellen Bescheiden ein grundsätzlich neues Verfahren begonnen habe. Wer bereits im letzten Jahr einen Widerspruch eingelegt hatte, muss gegen den neuen Bescheid nochmals vorgehen. Für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die im Jahr 2010 keinen Widerspruch eingelegt hatten, eröffnet sich zudem eine neue Chance, weil eben gegen jeden einzelnen Bescheid ein gesonderter Widerspruch einzulegen ist. „Wenn man also die früheren Widerspruchsführer annimmt und die neue Chance von Betroffenen hinzunimmt, die im Jahr 2010 keine Rechtsmittel eingelegt haben, müsste die Welle des Protestes jetzt deutlich stärker ausfallen“, ermuntert der Linkspolitiker.

Sascha Bilay informiert darüber, dass dem Grunde nach der alte Widerspruch erneuert werden kann. Insbesondere die Begründung könne übernommen werden, da nach seiner Einschätzung der Zweckverband nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt habe, die Gebühren möglichst niedrig zu halten. Ein Muster des Widerspruches könnten Interessierte im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Katja Wolf oder im Internet erhalten. Abschließend kündigt Bilay an, dass sich DIE LINKE im Landtag erneut dem Thema widmen und die Landesregierung mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage des Zweckverband konfrontieren werde. „Bisher hat man uns genaue Angaben verweigert, weil die Jahresabschlüsse noch nicht vorliegen würden. Mit dem Verschicken der aktuellen Gebührenbescheide ist diese Verhinderungsbegründung weggefallen“, erklärt Bilay.

Sascha Bilay

[Zum Musterwiderspruch](#)

### **Katja Wolf (DIE LINKE.) fordert: Sicherung des Grundwassers durch Verpressungsstopp von Salzlauge**

Angesichts der Mitteilung, dass der Düngemittelhersteller K+S künftig auf die Versenkung von Salzlauge in der Gerstunger Mulde verzichten wolle, erklärt Katja Wolf, Sprecherin für Umweltpolitik der Fraktion DIE LINKE: „Offenkundig ist das Thüringer Umweltministerium einem Irrtum aufgesessen. Solange in Kleinensee, direkt an der thüringisch-hessischen Grenze, Lauge versenkt wird, gibt es keinen Grund zur Entwarnung!“

Das Agieren des Konzerns bezeichnet die Abgeordnete als hochärgerlich. K+S beabsichtige weiterhin, für die Salzeinleitung eine Ausweitung der Verpressungsgenehmigung in Hessen zu erlangen. „Wieder schwingt bei all dem mit, dass andernfalls Arbeitsplätze abgebaut werden müssten. Das ist eine unzumutbare Drohung“, so Frau Wolf weiter.

Von nachhaltigem Handeln sei K+S immer noch weit entfernt. „Die Verpressung von Salzlauge belastet in einem nicht hinnehmbaren Maß das Grundwasser und sollte nicht genehmigt werden. Kleinensee zeigt, dass die zuständigen Minister aus Hessen und Thüringen Klartext reden müssen“, sagt die Linksfraktionärin und fordert zur Sicherung des Grundwassers einen Stopp der Laugen-Verpressung in Hessen.

„Das Urteil des Verfassungsgerichts gegen Gerstungen zeigt, wie dringend geboten es ist, dass Regierungen und Behörden endlich handeln“, so Frau Wolf abschließend.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)





Am bundesweiten Aktionstag "Girls Day" beteiligt sich zum wiederholten Mal das Abgeordneten Büro Katja Wolf aus Eisenach. Frau Wolf ist Mitglied des Thüringer Landtages. Sie lädt sechs junge Mädchen ein, sich ein Bild über den Alltag einer Politikerin zu machen. An diesem Tag können Schülerinnen lernen, wie interessant und spannend Arbeit als Politikerin sein kann. Katja Wolf möchte an diesem Tag sprich am 14. April Schülerinnen die Möglichkeit geben, einen Einblick in ihre Arbeit zu bekommen. Sie will ihnen sowohl ihr Büro in Eisenach als auch durch den anschließenden Besuch des Thüringer Landtags in Erfurt den Beruf der Politikerin näher bringen.

Beginn: 9.00 Uhr Beginn mit einem Frühstück im Abgeordnetenbüro Georgenstraße 25 in Eisenach  
gegen 11.00 Uhr Fahrt nach Erfurt  
12.00 Uhr Mittag im Landtag  
12.30 Uhr Besichtigung des Thüringer Landtages  
gegen 17.00 Uhr Rückfahrt nach Eisenach  
Interessierte Mädchen melden sich bitte bis zum 11. April unter  
[eisenach@katja-wolf.de](mailto:eisenach@katja-wolf.de) oder 03691/735218.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)

### Rechnungshof stellt fest: Land ist für Finanzsituation von Eisenach mit verantwortlich

„Der Landesrechnungshof hat unmissverständlich klargestellt, dass das Landesverwaltungsamt in Weimar als Aufsichtsbehörde von Eisenach ein Totalausfall gewesen und damit für die gegenwärtige Situation der Stadt mit in Haftung zu nehmen ist. Damit steigt der Druck auf die Landesregierung, dass sie für die desolante Finanzsituation von Eisenach mit verantwortlich gemacht werden muss“, erklären gemeinsam Karin May als Vorsitzende der Eisenacher Stadtratsfraktion und Sascha Bilay als Kreisvorsitzender der LINKEN in der Wartburgregion.

Weiter

### Tabubruch im Bauausschuss



Eigentlich gibt es im Stadtrat und der ihm anhängenden Ausschüssen von Eisenach einen Konsens der Demokraten, nicht für einen Antrag der NPD, dies schließt einen Redeantrag in den Ausschüssen mit ein, zustimmen. Im letzten Bauausschuss kam alles anders. Die Abgeordneten nicht nur der Linken sind empört.

Die NPD bisher nur zum Zuhören verdammt, darf im Ausschuss nur zu Wort kommen oder eigene Redeanträge einbringen, wenn sie ein Ausschussmitglied anderer Fraktionen findet, der für sie die Arbeit übernimmt. Mit dem Abgeordneten Peter

Gottstein (BFE) fanden sie ihr „williges“ Werkzeug, dieser hatte das Rederecht für die NPD in der letzten Bauausschusssitzung beantragt.

Es passiert zum Glück das, was mit Anträgen dieser Partei geschehen sollte: Eine Mehrheit aus LINKE, SPD und der Grünen stimmte gegen einen Redeantrag der rechtsextremistischen NPD und ihr somit eine Plattform zu geben. Aber damit wurde der Konsens der Demokraten aufgebrochen, nicht für einen Antrag der Rechtsextremen zu stimmen, ich hoffe, dass diesem Vorfall eine Aussprache im Ältestenausschuss folgt.

Meine Empfehlung: Keine Stimme für Anträge vom äußersten rechten Rand, „denn das wäre ein Zeichen, dass man sie auf Augenhöhe akzeptiert“.

Uwe Schenke, Stadtrat

### Linke übergab Audimax e.V. Spende



Vergangene Woche konnte sich Nadine Köchert vom Mehrgenerationenhaus über eine Spende freuen. Bei der Weihnachtstombola der LINKEN kamen 100 Euro zusammen. Diese konnten Michael Richter und Christiane Leischner vergangene Woche überreichen. Es ist Ihnen wichtig, das Projekt zu unterstützen

### Katja Wolf im Dialog mit der Europäischen Kommission



In der vergangenen Woche besuchte Katja Wolf gemeinsam mit ihrem Abgeordnetenkollegen der Linksfraktion Tilo Kummer Brüssel. Konsultationen mit Vertretern der Europäischen Kommission haben die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und der landwirtschaftspolitische Sprecher in Brüssel geführt.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand einerseits die Landwirtschaftsförderung aus EU-Fonds. Die neuen Obergrenzen treffen vor allem große Agrarbetriebe in Ostdeutschland. Die Abgeordneten der Linksfraktion haben die daraus resultierenden Probleme erläutert und in Brüssel Offenheit und Interesse vorgefunden, so Katja Wolf. Sie hoffe, dass sich jetzt ein Kompromiss finden lasse, der die Situation des ostdeutschen Agrarsektors berücksichtigt. Ein weiteres Hauptthema bildete die Umweltpolitik. Dabei wurde von Katja Wolf und Tilo Kummer über die aktuelle Situation in der Südwestthüringer Kaliregion informiert, die Verpressung von Kalilauge und die Laugeneinleitung in die Werra.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)

### **Ergebnisloser Hartz-IV-Verhandlungsmarathon ist schäbiges Schmierentheater**



Angesichts der erneut ergebnislos vertagten Verhandlungen über die Hartz-IV-Reform erklärt die Eisenacher Landtagsabgeordnete Katja Wolf: „Der Eiertanz um Hartz IV ist ein schäbiges Schmierentheater und ein unwürdiges Geschacher auf Kosten der Ärmsten unserer Gesellschaft!“. Die LINKE fordert erneut das Überwinden der unsäglichen Hartz-IV-Logik.

Der wiederum gescheiterte Verhandlungsmarathon sei auch Ausdruck eines schamlosen Taktierens auf dem Rücken der Betroffenen, denn hier sei vermutlich auch eine Portion parteipolitische Profilierungssucht im Spiel, kritisiert die Landtagsabgeordnete. Sie fordert mit ihrer Fraktion ein Ende des absurden Gerangels und den Einstieg in Verhandlungen, die tatsächlich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert sind.

Die größte Oppositionsfraktion in Thüringen fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine sinnvolle und schnelle Lösung stark zu machen. Eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf mindestens 433 Euro, wie sie auch die Diakonie Mitteldeutschland vorschlägt, und die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns sind unverzichtbare Bestandteile einer neuen und angemessenen Regelung, so Wolf abschließend. Mit Blick auf Armutslöhne in der Leiharbeitsbranche fordert sie: „Auch für diesen Bereich muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)

### **Parlamentsbeschlüsse müssen mehr Gewicht gegenüber der Regierung bekommen**

**Mit Respekt nahm die Fraktion DIE LINKE das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs im Verfahren der Fraktion gegen die Landesregierung zur Versalzung der Werra letzte Woche zur Kenntnis, bei dem die verfassungsrechtliche Wirksamkeit des Landtagsbeschlusses im Vordergrund stand.**

Leider ist das Gericht den Argumenten der Linksfraktion nicht gefolgt „und hat das Verfahren zum Landtagsbeschluss vom 11. Oktober 2007 zur Verringerung der Werra-Versalzung nicht zum Anlass genommen, die Einflussmöglichkeiten des Landtags auf das Handeln der Landesregierung zu stärken“, so Katja Wolf umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Sie betont die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie und des Parlaments als direkte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger, das dieses Vorgehen der Landesregierung als nicht richtig ablehnt.

Im Übrigen bleibe es dabei, so Wolf weiter, „wir sagen Nein zur Kali-Lauge und wollen diese weder in der Erde noch in der Werra haben. Der Kampf gegen die Werra-Versalzung muss weitergehen, dieser ökologische Skandal muss beendet werden“. Der Kali-Konzern müsse entweder selbst seine Hausaufgaben erledigen oder dazu gezwungen werden, laugenvermeidende Technologien einzusetzen.

Abschließend warnt die Politikerin angesichts der hier offenkundigen Entkoppelung des Parlamentswillens vom Handeln der Landesregierung vor weiterer Politikverdrossenheit. Das Parlament müsse sich dringend um die Stärkung seiner Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber der Exekutive kümmern, nicht nur bei ökologischen Problemen vor Ort wie der Werra-Versalzung, sondern auch in Gegenwehr zur bürokratischen Vereinnahmung der Landesparlamente von Brüssel aus. Die Landtage seien heute in vielen Fällen nur noch Vollzugsorgan dessen, was EU-Richtlinien vorgeben...

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)

## Kein politisches, sondern ein fachliches Problem im TAVEE



Der Zweckverband Trink- und Abwasserverband Eisenach-Erbstromtal (TAVEE) hatte im Dezember 2009 rückwirkend zum 01.02. 2010 eine drastische Erhöhung der Gebühren für die Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie erstmalig die Einführung einer Grundgebühr beschlossen. Kurz zuvor erfuhren die Verbandsräte von einem Defizit des Verbandes von rund 6 Millionen Euro, wenig nachvollziehbar, da seit 2006 die Jahresabschlüsse nicht vorlagen, und dieser eklatante Mangel von der Verbandsführung mit der Begründung abgewiegelt wurde, dass es Probleme mit den Übertragungsbilanzen der neu hinzugekommenen Mitgliedsgemeinden gegeben hätte. Die umgehend von der

Verbandsversammlung beschlossene Prüfung durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit in Schwerpunktbereichen des TAVEE brachte eine Vielzahl von zum Teil erheblichen Mängeln in der Betriebsorganisation zutage. Der Verbandsvorsitzende und der Geschäftsführer reagierten darauf völlig unangemessen. Anstatt der Verbandsversammlung ein Konzept zur Sanierung des TAVEE vorzulegen, wurden kritische Verbandsräte beschimpft und die Prüfergebnisse der KPMG verharmlost. Der einsetzende Bürgerprotest gegen den Ankündigungsbeschluss, die Gründung einer inzwischen fast 800 Mitglieder umfassenden Bürgerinitiative und der Druck einiger Verbandsräte auf die Geschäftsführung wertete diese in Verkennung der Lage als eine politische Kampagne

Dieser Meinung schloss sich auch Eisenach Oberbürgermeister Matthias Doht an und entzog Baudezernentin Gisela Rexrodt die Vertretung der Stadt Eisenach in der Verbandsversammlung des TAVEE, obwohl die Inkompetenz der Betriebsführung des TAVEE längst offensichtlich geworden war und dies kein politisches, sondern ein fachliches Problem ist. Das haben die beiden Veranstaltungen der Bürgerinitiative gegen die Gebührenerhöhungen mit ihrem Vorsitzenden Klaus Stöber in Thal und Eisenach eindrucksvoll bewiesen.

Die Abwahl des Verbandsvorsitzenden am 19. Januar 2011 und die Freistellung des Geschäftsführers waren dann die logische Konsequenz. Die Wahl von Oberbürgermeister Matthias Doht zum Verbandsvorsitzenden und die Entsendung von zwei städtischen Beamten, die es im TAVEE richten sollen, werden kritisch gesehen. Der TAVEE braucht letztendlich eine fachlich kompetente Verbandsleitung, die sich darüber im Klaren ist, dass die Verwaltung und Verwendung öffentlicher Gelder im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und eine effiziente Betriebsführung unabdingbar sind für ein so wichtige Aufgabe der Daseinsfürsorge wie der Wasserver- und Abwasserentsorgung, die für alle bezahlbar sein muss.

Karin May

## Ehrlichkeit, Mut und Offenheit

**Stadträtin Christiane Leischner (DIE LINKE.) zieht Bilanz zum Jahr 2010 in Eisenach und gibt Ausblick auf 2011**



Das neue Jahr ist gerade wenige Tage alt. Aber so richtig hat man sich noch nicht daran gewöhnt 2011 zu schreiben. Alles ist noch frisch. Gelegentlich denkt man aber über das alte Jahr nach. Politisch gesehen war 2010 für Eisenach sehr turbulent. Man hatte keinen Haushalt, wusste nicht, wie es um den Opelstandort Eisenach aussieht, stritt sich im Stadtrat heftig um Gebührenerhöhungen und vor allem um und über den TAVEE. Eine umfassende Funktional- Verwaltungs- und Gebietsreform blieb aus. Nur eine solche, könnte Eisenach weiterhelfen. Zusammengefasst, kann man sagen ein schwieriges Jahr. Da darf man schon die

Frage stellen, wie geht es weiter?

Ich wünsche und wünschte mir als Kommunalpolitikerin für unsere Stadt, die weiß Gott vor riesigen Problemen stand und weiterhin stehen wird, eine sachbezogene Auseinandersetzung, da es um unsere Stadt Eisenach geht. Aber eins sollte auch klar sein, da wo jemand falsch oder gar fahrlässig gehandelt hat, muss es auch Konsequenzen geben. Natürlich müssen die Vorwürfe auch Hand und Fuß haben. Aber gerade beim Thema TAVEE geht es schon längst nicht mehr nur darum wer Schuld oder Nicht- Schuld hat. Das Vertrauensverhältnis ist zerstört. Es muss, um nicht noch mehr Schaden entstehen zu lassen ein Neuanfang her. Und das so schnell als möglich. Es ist nicht nur ein Schaden für den Verband entstanden, sondern für die gesamte Kommunalpolitik. Ich wünsche mir ein Ende mit Schrecken und kein Schrecken ohne Ende. Die Menschen müssen wieder das Gefühl bekommen, das Politik auch für sie da ist.

Ob der besagte Neuanfang mit dem neuen Verbandsvorsitzenden Mathias Doht ein wirklicher Neuanfang ist, muss sich erst noch zeigen. Man wird sehen, ob die Skeptiker recht behalten oder der Oberbürgermeister in seiner neuen nicht unumstrittenen Rolle überzeugt.

Gerade im Stadtrat hat mir ein Stück Miteinander gefehlt. Meist ging es nicht um kommunale Sachpolitik, sondern um ideologische Einstellungen. Dies mussten gerade Die Grünen und DIE LINKEN. erfahren.

Der Oberbürgermeister Mathias Doht hat in seiner Rede zum Neujahrsempfang ein Zitat von Henry Ford benutzt:

„Zusammenkunft ist ein Anfang. Zusammenhalt ist ein Fortschritt.

Zusammenarbeit ist der Erfolg.“

Man kann in diesem Sinne nur hoffen, dass er sich das ganze Jahr an dieses Zitat erinnert und die Zusammenarbeit aber auch die sachbezogene und nicht beleidigende Diskussion mit allen demokratischen Mitgliedern im Eisenacher Stadtrat sucht um Lösungen für Eisenach zu finden.

Lassen Sie uns miteinander Probleme lösen aber auch streiten, in einem angemessenen Disput, abseits von Verleumdungen und Intrigen. In meinen Augen sollte es weit über die Parteigrenzen hinweg gehen, um

## Keine Messungen zu erwarten - Landesregierung unternimmt nichts



Die Antwort der Landesregierung zeigt, dass sie in keiner Weise bereit ist, irgendwie gegen die Lärmbelastungen und damit für die Menschen, die entlang der neuen Trasse der A4 leben, aktiv zu werden', bedauert die Eisenacher Landtagsabgeordnete Katja Wolf (Linke). Sie hatte sich in einer Anfrage zu diesem Thema an das Verkehrsministerium gewandt.

Der Lärmpegel eines Verkehrsweges müsse berechnet werden. Er dürfe laut Bundes-Immissionsschutzgesetz und Verkehrslärmschutzverordnung nicht gemessen werden, hatte Verkehrsminister Christian Carius (CDU) geantwortet. Messungen würden wegen wechselnder Witterung, unterschiedlicher

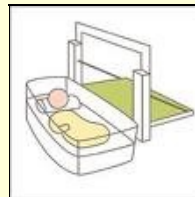
Verkehrsstärken sowie zufälliger Störereignisse nicht zu repräsentativen Ergebnissen führen. Sie seien nicht wiederholbar und nur für einen bestimmten Ort und eine bestimmte Zeit gültig, so Christian Caris. Er verstehe jedoch die Menschen, die sich die vormalige Ruhe zurück wünschten. Selbstverständlich könnten zusätzliche Lärmmessungen durchgeführt werden. Sie hätten jedoch keine Auswirkungen auf den Beurteilungspegel. Vonseiten der Straßenbauverwaltung seien sie nicht beabsichtigt. Da die Vorgaben zum Lärmschutz eingehalten würden, liege auch kein Grund vor, die Geschwindigkeit auf 130 km/h zu begrenzen.

Für Wolf dagegen ist es unverständlich, dass sich Carius hinter Paragraphen verschanze, ohne nach Lösungen für das Problem zu suchen. „Das wird einem verantwortungsvollen Politiker, der im Sinne der Menschen agieren sollte, nicht gerecht!“ Weitere Lärmschutzmaßnahmen seien schließlich nicht verboten und könnten auch nachträglich finanziert und gebaut werden. Dass ein großer Teil der betroffenen Gemeindegebiete fälschlicherweise als Mischgebiete eingestuft worden sei, dürfe nicht als Begründung dafür herhalten, dass sich der Minister hinter Grenzwerten verstecke. „Das Problem ist offensichtlich und wird nicht gelöst, wenn man in Erfurt davor die Augen verschließt.“ Eine Neufestlegung der Flächen als Wohngebiete sei erforderlich. Daran müssten sich dann die entsprechenden Grenzwerte orientieren.

Und selbstverständlich, so Wolf, sei da auch ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern ein geeignetes Mittel den Menschen zu helfen. Dies habe zudem dann noch den zusätzlichen Charme, dass dies auch der Umwelt und der Sicherheit im Straßenverkehr diene.

Die Eisenacher Abgeordnete kündigte an, trotz dieser enttäuschenden Antwort nicht in ihrem Bemühungen nachzulassen, die Situation für die Lärmbetroffenen zu verbessern und die Landesregierung dabei in die Pflicht zu nehmen.

## Diskussion: Babykorb seit 10 Jahren in Thüringen



56 Kinder sind in Thüringen in den vergangenen zehn Jahren durch Babykörbe und anonyme Geburten gerettet worden. Dennoch könnten diese Einrichtungen nun zu einem Auslaufmodell werden. Wir haben Argumente für und gegen den Babykorb zusammengetragen.

[Interview Mit Katja Wolf, hier weiterlesen](#)

CDU CSU und FDP Wahlbetrug, Fälschungen, Spendenskandale und Sonstiges

[Weiterlesen:](#)

## Doht hat sich zur handzahmen Marionette von Köckert gemacht

„Mit der Neuregelung zur Vertretung von Eisenach im Wasser- und Abwasserzweckverband hat sich der Eisenacher Oberbürgermeister Doht zur handzahmen Marionette des Verbandsvorsitzenden und Eisenacher CDU-Politikers Christian Köckert gemacht. Eine starke Stimme für Bürgerfreundlichkeit und Transparenz wurde mundtot gemacht“, erklärt der Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE, Sascha Bilay.

Der Kommunalexperte hält die Begründung des Oberbürgermeisters Doht (SPD), Frau Rexrodt hätte sich als Dezernentin von Eisenach gegen den mehrheitlichen Willen des Stadtrates gestellt, für haarsträubend. Der in diesem Zusammenhang erwähnte Antrag der LINKEN im Eisenacher Stadtrat hatte zum Inhalt, dass ein neuer Verbandsvorsitzender gewählt werden sollte. Hätte dieses Ansinnen umgesetzt werden können, hätte Christian



Funktion automatisch seine Funktion im Zweckverband verloren. Die bürgerfeindliche Mehrheitskoalition aus CDU, SPD, BfE und FDP habe dieses verhindert, indem der LINKE-Antrag in geheimer Sitzung niedergestimmt wurde. Stattdessen wurde im Zweckverband darüber angestimmt, Herrn Köckert abzusetzen. Diese zwei in Rede stehenden Anträge seien deshalb inhaltlich völlig unterschiedlich. „Der Antrag der LINKEN im Eisenacher Stadtrat fand keine Mehrheit – folglich gibt es auch keinen Beschluss, den Frau Rexrodt hätte verletzen können“, stellt der Verwaltungsexperte klar.

Für Bilay sei mit der Personalentscheidung des Oberbürgermeisters klar, dass alle Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger, die Personalsituation in der Verbandsführung neu zu ordnen und mögliche Potentiale zur Gebührensenkung zu diskutieren, zunichte gemacht wurden. Immerhin sei es der Eisenacher Oberbürgermeister gewesen, der die drastischen Gebührenerhöhungen im letzten Jahr vehement verteidigt und letztlich durchgesetzt hatte. Als gesetzlicher Vertreter im Zweckverband vereinigt Matthias Doht die Hälfte aller Stimmen in der Verbandsversammlung. Auch die von ihm favorisierte Überprüfung des Verbandes sehe Bilay kritisch, da die Stadt eigene Interessen im Zweckverband verfolge. „Herr Doht hatte die Gebührenerhöhung damit begründet, dass andernfalls die Stadt einen Teil des Defizits tragen müsste. Schon allein deshalb kann eine solche Prüfung nicht mit der gebotenen Neutralität erfolgen“, mahnt Bilay.

Auch die personellen Verstrickungen von Herrn Köckert ließen es nicht zu, dass eine Überprüfung durch die Stadtverwaltung sachgerecht sei. Herr Köckert sei nicht nur Verbandsvorsitzender, sondern eben auch Mitglied des Stadtrates und als ehrenamtlicher Beigeordneter zugleich einer der Stellvertreter des Oberbürgermeisters. „Somit gibt es vielfältige Möglichkeiten, auf die vorgesehene Prüfung Einfluß zu nehmen. Schon allein wegen des Verdachts, hier könnte etwas verschleiert werden, sollte besser der Landesrechnungshof die Tiefenprüfung übernehmen“, betont abschließend Sascha Bilay.

Sascha Bilay, Kreisvorsitzender



#### Peinlich, Herr Oberbürgermeister



Herr Gottstein, Fraktionsvorsitzender der „Bürger für Eisenach“ hat im Auftrage seiner und der drei anderen Koalitionsfraktionen in der Hauptausschusssitzung in der vergangenen Woche den Oberbürgermeister aufgefordert, die Stadt Eisenach in der Verbandsversammlung selbst zu vertreten. Damit hat er den Oberbürgermeister von dem Zwang zu eigener Entscheidung befreit. Ich frage mich allerdings, ob wirklich alle Stadträte der „alternativen Koalitionsfraktionen“ (Zitat des Oberbürgermeisters zum Neujahrsempfang 2011) diese Entscheidung so mittragen. Wenn dem so wäre, wären sie zu Laufburschen geworden, denen die Fähigkeit zum kritischen Denken völlig abhanden gekommen ist. Wer sich wirklich inhaltlich mit dem Gutachten

der KPMG-Prüfgesellschaft, den Stellungnahmen der Sachgebietsleiter des TAVEE dazu, den berechtigten Kritiken der Verbandsräte, die sich die Fähigkeit eigenen Denkens trotz Herrn Köckert erhalten haben, den ebenfalls sachverständigen Argumenten der Bürgerinitiative und dem Agieren der Verbandsführung befasst hat, kommt zu dem Schluss, dass weder der Verbandsvorsitzende noch der Geschäftsführer fähig sind, den Trink- und Abwasserverband fachlich kompetent zu führen. Und deshalb ist nicht Frau Rexrodt, sondern die alte Verbandsführung unberechenbar für die Bürgerinnen und Bürger und nicht mehr tragbar. Außerdem ist ein Verbandsvorsitzender, der es sich stets angelegen sein lässt, den Vorbringer unerwünschter Einwände abzukanzeln, dass einem auch als Zuhörer in der Verbandsversammlung die Schamröte ins Gesicht steigt und der, wie jüngst geschehen, ihm nicht genehme Tagesordnungspunkte aus der Dezembersitzung, die nicht beschlossen werden konnten, nicht wieder aufnimmt, auch deshalb völlig ungeeignet, an der Spitze der Verbandsversammlung zu stehen.

Dass Sie, Herr Oberbürgermeister, die Lage so verkennen und aus dem fachlichen ein politisches Problem machen wollen, ist ein unbegreiflicher Vorgang. Sie hätten besser daran getan, nach den Feststellungen der Prüfgesellschaft KPMG den Geschäftsführer und den Verbandsvorsitzenden zu beurlauben und den Landesrechnungshof zu einer umfassenden Prüfung des TAVEE einzuschalten. Das wäre ihre Pflicht gewesen. Mit ihrer Entscheidung, Frau Rexrodt als „Risiko für die Große Koalition“ von CDU, SPD, FdP und BfE im Stadtrat als Vertreterin der Stadt Eisenach aus der Verbandsversammlung zu nehmen, haben Sie selbst erheblich an Vertrauen verloren.

Karin May  
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE



#### Katja Wolf fragt zur Sanierung der Wartburgauffahrt



Umfangreiche Diskussionen beschäftigten sich im letzten Jahr mit der Sanierung der Wartburgauffahrt.

Diese konnte aufgrund fehlender Eigenmittel lange Zeit, trotz dringendem Bedarf, nicht durchgeführt werden.

Später war zu vernehmen, dass das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie den fehlenden Eigenanteil der Stadt übernimmt.

Auf Nachfrage im Landtag machte die Landesregierung jedoch deutlich, dass diese



Mitfinanzierung nicht notwendig war, da die Stadt die fehlenden Eigenmittel selbst aufbrachte.

Weiterhin wurde mitgeteilt, dass noch nicht alle Förderbedingungen geklärt seien, da u.a. die entsprechende positive Stellungnahme der Denkmalbehörden fehle.

Nun fragt Stadtratsmitglied Katja Wolf (DIE LINKE) nach.

Sie möchte wissen, wie die Mittel aufgebracht wurden. Transparenz sei notwendig.

So stelle sich schon die Frage, warum die angebotenen Mittel des Wirtschaftsministeriums scheinbar nicht genutzt wurden. „Welche Gründe gibt es, dass die offensichtlich pleite Stadt „geschenktes“ Geld nicht annimmt?! Das klingt doch sehr merkwürdig“, so Wolf.

Ein weiterer Punkt, welcher der Klärung bedarf, sei die Frage nach der Einschätzung der Denkmalbehörden. Eine notwendige positive Stellungnahme lag offensichtlich selbst nach Abschluss der Arbeiten nicht vor. Damit hätten diese ggf. nicht begonnen werden dürfen.

Wolf erhofft sich auf ihrer Fragen eine Klarstellung des Oberbürgermeisters.

### **Christian Köckert sollte aus freien Stücken die erforderlichen Konsequenzen ziehen**

„Unabhängig von der durchaus fragwürdigen Rechtseinschätzung des Landesverwaltungsamtes zur Abwahl des Vorsitzenden des Trinkwasser- und Abwasserzweckverbandes Eisenach-Erbstromtal sollte Christian Köckert die erforderlichen Konsequenzen ziehen und erklären, dass er für weitere Aufgaben nicht zur Verfügung steht, da das Vertrauensverhältnis innerhalb des Verbandes nachhaltig gestört ist“, fordern Frank Kuschel (MdL) und Sascha Bilay (Kreisvorsitzender) der LINKEN.

Für die beiden Kommunalrechtsexperten stehe außer Frage, dass eine Abwahl des Verbandsvorsitzenden zwangsläufig in geheimer Art und Weise zu erfolgen habe, sei doch bereits die ursprüngliche Wahl geheim erfolgt. „Es bleibt schleierhaft, weshalb das Landesverwaltungsamt meint, dass bei der Wahl eines Amtsinhabers die Geheimhaltung bedürftig sein soll, aber die Abwahl als besonderer Ausdruck der Missbilligung offen zu erfolgen habe. Diese verquere Logik erschließt sich einem nicht“, kommentieren die beiden Linkspolitiker.

Zudem sei äußerst fraglich, weshalb das Landesverwaltungsamt auf die in der Verbandssatzung enthaltene Zwei-Drittel-Mehrheit abstelle. Prinzipiell verlange das Gesetz nur eine einfache Mehrheit bei den Beschlüssen. Die nunmehr in Rede stehende Mehrheit von zwei Dritteln verlange das Gesetz nur in besonderen, ausdrücklich dafür vorgesehenen Fällen, wozu die Abwahl des Zweckverbandsvorsitzenden nicht gehöre. Dass ausgerechnet die staatliche Aufsichtsbehörde, die dem Innenministerium zugeordnet ist, einen offensichtlichen Verstoß gegen geltendes Recht unterstützt, befremdet jeden Beobachter und zeigt, dass diese Behörde prinzipiell nicht geeignet ist, den problematischen Eisenacher Zweckverband überhaupt zu beaufsichtigen. Eine direkte Verlagerung der Aufsichtsfunktion in das Innenministerium könnte mehr Vertrauen erzeugen. „Die aktuelle Rechtseinschätzung des Landesverwaltungsamtes kann allenfalls als Gefälligkeitsgutachten für einen Parteigenossen gewertet werden, dass den mehrheitlichen Willen der demokratisch legitimierten Verbandsräte ignoriert“, erklären Kuschel und Bilay.

Für die beiden Kommunalexperten bleibt auch fraglich, weshalb die Behörde in Weimar angedroht hat, den Abwahlbeschluss zwangsweise aufzuheben, sollten die Verbandsräte nicht freiwillig die angeblich rechtswidrige Abwahl von Herrn Köckert zurücknehmen. Vollkommen offen bleibt dabei die Frage, was passieren würde, wenn die Verbandsräte die vermeintlichen Mängel zur Abwahl des Verbandsvorsitzenden in einer der nächsten Sitzungen ausräumen würden und die Abwahl in einem neuen Verfahren mit dem bekannten Ergebnis wiederholen. Dann allerdings sollte das Landesverwaltungsamt nicht erneut vorschnell und grobschlächtig prüfend den mehrheitlichen Willen der Verbandsräte konterkarieren. „Ohnehin muss sich die Landesregierung in der nächsten Landtagssitzung um den Vorsitzenden des Zweckverbandes kümmern, bekommt doch das ganze Verfahren mit der Parlamentsanfrage ein zusätzliches landespolitisches Gewicht“, betont abschließend Frank Kuschel mit Verweis auf seine jüngste Anfrage im Landtag.

Frank Kuschel, MdL

Sascha Bilay, Kreisvorsitzender

**Thüringer Landtag**  
**5. Wahlperiode**

**DS 5/**  
**04.01.11**

### **Mündliche Anfrage**

**des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE)**

#### **Abwahl Vorsitzender TAV Eisenach-Erbstromtal rechtswidrig?**

Die TLZ Eisenach berichtet am 31. Dezember 2010, dass das Thüringer Landesverwaltungsamt als Rechtsaufsichtsbehörde die Auffassung vertritt, dass die erfolgte Abwahl des Verbandsvorsitzenden des Trinkwasser- und Abwasserzweckverbandes Eisenach-Erbstromtal (TAV EE) rechtswidrig sei und deshalb der Beschluss beanstandet werden soll.

Das Landesverwaltungsamt rügt dabei Verfahrensfehler und Fehler bei der Abstimmung und Auszählung der Stimmen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wer hat das Landesverwaltungsamt wann mit der Rechtmäßigkeitsprüfung des Abwahlverfahrens gegen den Vorsitzenden des TAV EE beauftragt?
2. Unter welchen Voraussetzungen kann die Verbandsversammlung eines kommunalen Zweckverbandes der Wasserver- und Abwasserentsorgung ihren Vorsitzenden abwählen bzw. abberufen und inwiefern lagen diese Voraussetzungen im nachgefragten Fall vor?
3. Wie muss sich das Verfahren der Abwahl/Abberufung des Vorsitzenden eines kommunalen Zweckverbandes der Wasserver- und Abwasserentsorgung gestalten, um aus Sicht der Rechtsaufsichtsbehörde keine Beanstandung vornehmen zu müssen und inwiefern gab es Verfahrensfehler im nachgefragten Fall?

4. Wie soll sich aus Sicht der Landesregierung die Arbeit in der Versammlung des TAV EE gestalten, wenn sich einerseits eine Mehrheit der Verbandsräte in einem Verfahren gegen den Verbandsvorsitzenden ausgesprochen hat, andererseits dieses Abwahl-/Abberufungsverfahren von der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde als rechtswidrig bewertet wird und somit der Verbandsvorsitzende weiter im Amt verbleibt?

Frank Kuschel

### Offener Brief von Thüringer KommunalpolitikerInnen zur Finanzlage der Kommunen



Die Finanzlage der Thüringer Kommunen ist seit Jahren angespannt. Ursache der Krise sind vor allem politische Entscheidungen des Bundes, die durch das Land mit zu verantworten sind.

Bereits das Jahr 2010 galt als das finanzpolitisch schwierigste Jahr für die Thüringer Kommunen seit 1990. Im Ergebnis der mehrheitlichen Entscheidungen des Landtages zum Landeshaushalt 2011 und den Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes müssen die Gemeinden und Städte feststellen, dass keine Verbesserungen ihrer finanziellen Lage zu erwarten sind. Ganz im Gegenteil, die Finanznot der Thüringer Kommunen

wird sich im Jahr 2011 weiter verschärfen.

Als gravierend werden sich dabei die ungelöste Finanzierung der Kindertagesstätten und die fragwürdigen Berechnungen der Landesregierung zum kommunalen Bedarf auswirken. Nunmehr werden in den Thüringer Kommunen auch noch die letzten so genannten freiwilligen Leistungen vor Ort zur Disposition gestellt. Obwohl sich die kommunalen Vertreter in den Gemeinderäten und Stadträten trotz der angespannten Finanzlage aus wohl überlegten Gründen für die Aufrechterhaltung der kommunalen Leistungen eingesetzt haben, die meist nur durch enorme Kraftanstrengungen zu realisieren waren, stehen auch diese letzten Reste kommunaler Selbstverwaltung in Frage. Diese Entscheidungen treffen die meist ehrenamtlichen KommunalpolitikerInnen nicht aus freien Stücken, sondern weil die Mehrheit des Landtages auf Vorschlag der Landesregierung einen entsprechenden Druck auf die Kommunen ausüben.

Die UnterzeichnerInnen dieses offenen Briefes rufen die politisch Verantwortlichen in Thüringen auf, die fortgesetzte Drangsalierung der Thüringer Kommunen zu beenden und dafür Sorge zu tragen, dass keine weiteren freiwilligen Leistungen vor Ort eingeschränkt oder aufgegeben werden müssen.

Die UnterzeichnerInnen dieses offenen Briefes fordern die Abgeordneten des Landtages auf, sich schnellstmöglich für eine transparente und sachlich richtige Finanzierung der Kindertagesstätten einzusetzen, ohne dass dabei das Gesamtvolumen der bisherigen Kita-Finanzierung in Frage gestellt wird. Dabei werden eine vollständige Herausnahme der Kita-Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich und die Einordnung im Haushalt des zuständigen Ministeriums favorisiert.

Die UnterzeichnerInnen dieses offenen Briefes fordern die Abgeordneten des Landes auf, die Neuregelungen des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes zur Erhöhung der fiktiven Hebesätze wieder rückgängig zu machen, so dass kein gesetzlicher Druck zur Erhöhung der gemeindlichen Hebesätze vor Ort besteht.

Die UnterzeichnerInnen dieses offenen Briefes fordern die Landesregierung auf, die Berechnungsmethoden zur Ermittlung des angemessenen Finanzbedarfs der Thüringer Kommunen vollständig offen zu legen und zu erklären, aus welchen Gründen die Einnahmen der Kommunen künstlich nach oben und die Ausgaben der Kommunen künstlich nach unten gerechnet werden.

Die UnterzeichnerInnen dieses offenen Briefes fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine umfassende Reform der Kommunalfinanzen in der Bundesrepublik einzusetzen, die dazu führt, dass die Einnahmen der Kommunen planbar und verlässlich werden.

Sascha Bilay

### Schulnetzplanung oder Chaos?



Mit dem Schuljahr 2011/12 endet der gültige Schulnetzplan der Stadt Eisenach. Die Erarbeitung, Diskussion und Verabschiedung eines neuen Planes steht an. Jedoch:

Während in den meisten Thüringer Städten und Landkreisen die neuen Schulnetzpläne bereits durch die zuständigen Fachämter erarbeitet und zur Diskussion stehen bzw. bereits verabschiedet wurden, macht sich in Eisenach allein der Bildungsausschuss des Stadtrates Gedanken, wie es weitergehen soll. Eigentlich hätte, eines ausreichenden Zeitrahmens wegen, der Entwurf eines neuen Schulnetzplanes bereits im September

vom Oberbürgermeister in den Stadtrat eingebracht werden müssen. Stattdessen setzt sich der Ausschuss hin, macht die Verwaltungsarbeit und erbittet von der zuständigen Dezernentin Frau Lieske die statistischen Zahlen, erteilt Prüfaufträge an die Verwaltung und erhält zudem noch ein Zahlenmaterial, das nicht stimmt, aber nicht genug damit: Der Schulausschuss begibt sich in Klausur wegen erster Überlegungen, vereinbart Stillschweigen und erfährt prompt aus der Zeitung, was diskutiert wurde.

Bezeichnend für den Zustand des Dezernates ist der aus der Lokalpresse vom 14.12. 2010 zu lesende Satz: „Welche Vorschläge die Verwaltung für ihren eigenen Fortschreibungsvorschlag übernimmt, zeigt sich im Januar“. Gibt's zwei Konzeptionen, eine der Verwaltung und eine des Ausschusses?

Ich glaube, ein solcher Vorgang ist einmalig in Thüringen. Der Oberbürgermeister ist zuerst in der Pflicht, die Fortschreibung des neuen Schulnetzplanes zu erarbeiten. Wenn der Ausschuss des Stadtrates aufgrund der langen Verzögerung letztendlich selbst die Initiative ergreift, hätte doch die zuständige Dezernentin von Amts- und Fachkenntnis wegen dem Einhalt gebieten müssen. In der Stadt Jena beispielsweise wurde eine gemeinsame

Arbeitsgruppe, bestehend aus Fachamt und Vertretern der politischen Ebene, gebildet, um den neuen Schulnetzplan im Entwurf zu erarbeiten. Da lehnt sich der Oberbürgermeister nicht zurück und wartet, was der Ausschuss macht. Das wäre ja auch in Eisenach das mindeste an Organisation gewesen. Wollen die Dezernentin Frau Lieske und der Oberbürgermeister hier Verantwortung abschieben und den Ausschuss zum „Sündenbock“ machen, wenn es unvermeidliche Auseinandersetzungen um den neuen Schulnetzplan gibt? So eine Arbeitsweise, wie geschildert, ist nicht geeignet, Aufgaben verantwortungsvoll zu lösen!

Karin May

## "Ahnungslose" Heuchler

**Union und FDP wollen das Stasi-Unterlagengesetz noch in diesem Jahr ändern.**



Derzeit ist es nur bis 2011 erlaubt, öffentlich Bedienstete auf eine Stasi-Mitarbeit hin zu überprüfen. Nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition sollen die Regelüberprüfungen bis 2019 möglich bleiben, zitiert die "Mitteldeutsche Zeitung" den FDP-Berichterstatler im zuständigen Bundestagsausschuss für Kultur und Medien, Reiner Deutschmann.

[Weiterlesen](#)

### **Die LINKE.:Trotz angekündigter Gebietsreform verweigert Landtag Problemlösung zu Eisenach**

„Obwohl der CDU-Fraktionsvorsitzende erst am Donnerstag eine Gebietsreform für 2020 in Aussicht gestellt und damit zumindest die unnachgiebige Blockade in diesem Bereich aufgeweicht hat, konnten sich CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne nicht dazu durchringen, dem Gesetzentwurf der LINKEN zur Aufgabe der Kreisfreiheit zu folgen“, informieren die beiden Landtagsabgeordneten der LINKEN aus der Wartburgregion, Katja Wolf und Frank Kuschel. Für beide sei klar, dass sich hierbei die SPD hinter einer grundsätzlichen Gebietsreform verstecke, die es aber auf absehbare Zeit nicht geben werde.

Der Landtag hatte am Freitag in abschließender Beratung über den Antrag der LINKEN zu entscheiden. Damit sollte Eisenach wieder in den Wartburgkreis zurückgeführt werden, um so die drückende Finanzlast, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Kreisfreiheit stehen, zu nehmen. Für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt hätte dieser Vorschlag keine Auswirkungen, da für eine Übergangszeit bis 2019 das Landratsamt alle notwendigen Verwaltungsstellen in der Wartburgstadt vorhalten sollte. Dafür hätte das Land einen finanziellen Ausgleich zahlen sollen. „Es ist schon bemerkenswert, dass die Landtagsabgeordneten zusehen, wie eine bedeutende Stadt in völliger Hilflosigkeit erstarrt, weil sämtliche Entscheidungen vom Land abgesegnet werden müssen. Die Neuregelung zur Erhöhung der Schlüsselzuweisungen für die drei kleinen kreisfreien Städte werde daran nichts ändern. Anstatt neue Handlungspotentiale für Eisenach zu ermöglichen, wird die Stadt weiter ab Gängelband des Landes festgezurret“, kritisieren die beiden Parlamentarier.

Obwohl alle Seiten betonten, dass für Eisenach eine Lösung gefunden werden müsse, fand keine Beratung des Gesetzentwurfes in den Ausschüssen statt. Selbst die Vertreter der Thüringer SPD blockierten die inhaltliche Auseinandersetzung in den Fachgremien. „Schon allein im Interesse des SPD-Oberbürgermeisters hätten die kleinere Koalitionsfraktion zumindest die Diskussion zulassen müssen, um eine Anhörung der kommunalen Vertreter aus der Region im Ausschuss zu ermöglichen“, erklären abschließend Katja Wolf und Frank Kuschel. Die heutige Entscheidung ist für Eisenach mit all seinen Problemen auf keinen Fall zielführend.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)  
Frank Kuschel(MdL)

### **Landesrechnungshof soll Tiefenprüfung des Zweckverbandes durchführen!**



Die Tiefenprüfung des Trink- und Abwasserverbandes Eisenach-Erbstromtal soll nach Auffassung der Bürgerinitiativen durch den Thüringer Landesrechnungshof erfolgen. Nur so könne gewährleistet werden, dass eine unabhängige Instanz die Tätigkeiten des Zweckverbandes seit 2005 überprüfe. Die derzeit im Raume stehende Überprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Eisenach lehnen die Bürgerinitiativen ab. Als Mitgliedskommune im Zweckverband steht die gebotene Neutralität von Eisenach in



Frage. Zudem habe der Oberbürgermeister Doht (SPD) der Wartburgstadt überhaupt die Gebührenerhöhungen ermöglicht. Letztlich bestehe nach Auffassung der von den Gebührenerhöhungen Betroffenen die Gefahr, dass Christian Köckert (CDU) als ehrenamtlicher Beigeordneter und Stadtrat der Stadt Eisenach auf die möglichen Prüfungen innerhalb der Stadtverwaltung Einfluss nehme. Eine Tiefenprüfung durch den Landesrechnungshof biete auch den Vorteil, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen würden. Somit wären die Bedenken des Verbandsvorsitzenden, dass die Kosten möglicher Weise auf die Gebührenzahler umgelegt werden müssten, gegenstandslos. Selbst die Aufforderung, dass die Stadt Eisenach die Kosten des Verfahrens tragen müsse, wenn die Stadt eine solche Tiefenprüfung haben wolle, sei damit obsolet; zumal allen Beteiligten klar sein muss, dass Eisenach aufgrund seiner Finanzlage niemals diese Kosten würde schultern können. Diesem Versuch des Verbandsvorsitzenden Christian Köckert, auf diese Art und Weise eine Tiefenprüfung zu sabotieren, stellen deshalb die Bürgerinitiativen den Vorschlag zur Prüfung durch den Landesrechnungshof entgegen.

Das nächste planmäßige Treffen zur Koordinierung der Bürgerinitiativen wird am Montag, den 17. Januar 2010, in der Gaststätte „Augustiner“ stattfinden. Dann soll auch die angekündigte Verbandsversammlung am 14. Januar 2010 ausgewertet werden, zu der Christian Köckert als Verbandsvorsitzender und Thomas Fritz als Geschäftsführer ihren Rücktritt von allen Funktionen im Zweckverband erklären sollen. Zur nächsten Koordinierung will sich der Sprecherrat der Bürgerinitiativen auch über weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen verständigen. Aufgrund von verwaltungsrechtlichen Vorschriften müsste der Zweckverband zu Beginn des neuen Jahres neue Bescheide verschicken, um die erhöhten Gebührenforderungen im Jahr 2011 durchsetzen zu können. Der Sprecherrat fordert alle Bürgerinnen und Bürger auf, zu diesen bevorstehenden Bescheiden ebenfalls Widersprüche einzulegen. Der Sprecherrat wird rechtzeitig Musterwidersprüche zu den bevorstehenden Gebührenbescheiden veröffentlichen.

Sascha Bilay, im Namen des Sprecherrates

### Willkommen im modernen Faschismus



Jetzt geht doch die Bundesregierung her und wendet die gleiche schamlose Angstmacherei an, wie es dieser Faschist Bush und sein Nachfolger Obama schon seit Jahren machen. Sie hat verkündet, Deutschland steht im Fadenkreuz von Terroristen und hat Hinweise von befreundeten Geheimdiensten erhalten (lach), dass es noch in diesem Monat einen Terroranschlag geben soll.

[Hier weiterlesen:](#)

### Links statt lasch

Gastkommentar von Sahra Wagenknecht: Zum Programmkonvent der Linkspartei, erschienen in der "jungen Welt" am 06.11.2010



Am Sonntag tagt der Programmkonvent der Partei Die Linke in Hannover. Wie groß das Interesse an der Entwicklung ist, die die Partei nimmt, zeigt sich auch an den mehr als 900 Anmeldungen. Dabei gewinnen die innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Programmentwurf an Schärfe. Bereits seit Vorlage des Textes im Frühjahr durch Oskar Lafontaine und Lothar Bisky arbeiten die sogenannten Reformer daran, ihn mieszumachen und die Vorlage eines komplett neuen Entwurfs zu fordern. Ihnen ist offenbar ein Dorn im Auge, dass der Programmentwurf ein klares Profil hat. Daß deutlich benannt wird, was Die Linke will, und auch, was nicht.

[Weiterlese](#)

**Einfach abschalten!**



Vor dem Bahnhof des kleinen Thüringischen Ortes Wutha-Farnroda versammelten sich am Morgen des 23.10.2010 ca. 40 Atomkraftgegner, um gegen die offenbar geplanten Castortransporte, die künftig auch durch Thüringen fahren könnten friedlich zu protestieren. Mit dieser Aktion schlossen sich Linke, Grüne, Gewerkschaftler und Jusos einem in 105 Stätten stattfindenden Bundesweiten Protest gegen die Atompolitik der derzeitigen Bundesregierung an.

Michael Richter



#### **Land muss sich zu seiner Verantwortung bei der Kreisfreiheit von Eisenach bekennen**

„Dass die Finanzprobleme der Stadt Eisenach deren Handlungsfähigkeit seit Jahren gegen Null laufen lassen, ist zunächst nicht das Verschulden der Lokalpolitiker. Vielmehr müsse sich das Land zu seinem Fehler, die Kreisfreiheit zuzulassen, bekennen und einen Schlussstrich ziehen“, fordern die beiden LINKEN Landtagsabgeordneten aus der Wartburgregion, Katja Wolf und Frank Kuschel.

DIE LINKE im Landtag hat deshalb einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der in der nächsten Landtagssitzung am 11. November behandelt wird. Inhalt ist dabei, dass Eisenach künftig als Große kreisangehörige Stadt, die dem Wartburgkreis anhört,

fungiert. Für einen Übergangszeitraum von zehn Jahren bleibt Bad Salzungen die Kreisstadt, danach müsse darüber in der Region entschieden werden. Sowohl der Wartburgkreis als auch die Stadt Eisenach erhielten für diese Übergangszeit einen finanziellen Ausgleich vom Land. Betriebsbedingte Kündigungen werden zum Schutz der Beschäftigten gesetzlich ausgeschlossen. „Damit die Wartburgregion dann ihre Potentiale endlich nutzen kann, soll ein Modellprojekt gestartet werden. Die zunehmenden unterschiedlichen Entwicklungen in künstlerischen, touristischen und wirtschaftlichen Bereichen sind letztlich für alle Menschen und Unternehmen in der Region nicht von Vorteil“, betonen die beiden Parlamentarier.

Katja Wolf und Frank Kuschel betonen in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung bisher keine akzeptablen Vorschläge unternommen hat, die strukturellen Probleme der Wartburgstadt zu lösen. Das Vorhaben der Landesregierung, dass die kleinen kreisfreien Städte in Thüringen durch eine statistische Veränderung bei den Einwohnern künftig finanziell besser gestellt werden sollen, sei dabei wenig hilfreich. „Selbst wenn aufgrund von ein paar Rechentricks die Stadt Eisenach mehr Geld aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten sollte, decken diese Mehreinnahmen nicht mal ansatzweise das strukturelle Defizit von rund 6,5 Mio. Euro“, erklären abschließend Wolf und Kuschel.

Katja Wolf  
Frank Kusche

Widerstand ist Recht!

Grundgesetz, Artikel 20:

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) **Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.** Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) **Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

In dem allgemeinen Taumel der Einheitsfeiern ist völlig untergegangen, dass die Bundesrepublik Deutschland juristisch gar nicht mehr existent ist. Das wird spätestens nach einem Blick in den Ausweis klar.

[Weiterlesen](#)



#### Katja Wolf (Die Linke.) Hartz IV-Änderungen sind eine Verhöhnung der Betroffenen

**Die Vorschläge von Schwarz-Gelb zur Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze sind eine "unglaubliche Verhöhnung der Betroffenen", protestiert die Eisenacher Landtagsabgeordnete Katja Wolf. Dies ist ein Zeichen von sozialer Kälte. Mal wieder trifft es die sozial Schwachen.**

"Was die Koalition auskugelt hat, ist eine zynische Farce und eine grobe Missachtung des Verfassungsgerichtsurteils", so die Abgeordnete weiter. Betroffen seien nicht nur die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien, an deren Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Lebens sich nichts ändere, es sei auch eine Verhöhnung all derer, die mit Niedriglöhnen und prekären Jobs auskommen müssten und die vergeblich auf einen Mindestlohn hoffen.

Frau Wolf betont, dass die Hartz-IV-Leistung, wie schon lange von den Sozialverbänden gefordert, auf mindestens 420 Euro erhöht werden müsse, wobei die LINKE eine Anhebung auf mindestens 500 Euro für notwendig halte. Der ermittelte Mindestbedarf von 420 Euro dürfe also auf keinen Fall unterschritten werden.

Dies betreffe auch und vor allem den Regelsatz für Kinder. Hier gehe es "nicht nur um den Bildungsbedarf, so wichtig dieser sei, sondern "auch um all das, was für das alltägliche Leben der Kinder notwendig ist", so die LINKE-Abgeordnete weiter. Die Thüringer Landesregierung und insbesondere ihre SPD-Sozialministerin und ihr SPD-Arbeitsmarkminister müssten "alles unternehmen, um diese zynische Mogelpackung zu verhindern". Die SPD als Urheberin des Hartz-IV-Unrechts, sei hier "doppelt in der Pflicht".

Katja Wolf unterstreicht die Forderung der LINKEN, "dass Hartz IV zugunsten einer wirklich menschenwürdigen, existenzsichernden sozialen Grundsicherung überwunden werden muss"

Außerdem empfehle ich allen Erwerbslosen, in den nächsten Wochen kollektiv Besuche in den Bürgerbüros der Bundestagsabgeordneten, wie z.B. von Christian Hirte in Eisenach. Erwerbslose sind auch Bürgerinnen und

Bürger, die ein Recht auf Rede und Antwort von den Verantwortlichen haben. Manchmal ist es wichtig, die Folgen der eigenen Politik zu sehen bzw. diese gespiegelt zu bekommen. Alle Verantwortlichen der Koalition sollten in den nächsten Wochen auf Schritt und Tritt mit der Frage, ob sie diese Entscheidung vertreten können, konfrontiert werden." So Wolf abschließend.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)

#### **Katja Wolf : Thüringen größter Gewinner in Sachen direkter Demokratie**

#### **Der Freistaat Thüringen rückt im aktuellen Volksentscheids-Ranking von „Mehr Demokratie“ vom Schlusslicht auf den vierten Platz**

Der Bundesverband von Mehr Demokratie e.V. stellte am 28.09.2010 in Berlin auf einer Pressekonferenz das Volksentscheids-Ranking 2010 vor. Darin werden die Bundesländer in Bezug auf ihre gesetzlichen Regelungen der direkten Demokratie verglichen. Im Ranking 2007 war Thüringen noch Schlusslicht, nun stehen wir auf Platz 4 in der Rangliste! Dieses Ergebnis ist aus der Sicht von Katja Wolf (DIE LINKE. ) mehr als respektabel. Gerade hier in Eisenach wurden viele Dinge dafür getan, dass wir nun dieses Ergebnis haben. An der Stelle möchte ich das Volksbegehren 2008 an erster Stelle nennen. Ich war von der Nachricht des Rankings positiv beeindruckt.

Das Volksentscheid-Ranking bewertet die Regeln für Volksbegehren und Bürgerbegehren mit Schulnoten. Laut Mehr Demokratie liegt Thüringen bei der direkten Demokratie auf Landesebene mit Note 4,0 im Bundesdurchschnitt. Bei der Kommunalebene, wo der Bundesdurchschnitt 3,4 beträgt, ist Thüringen mit Note 1,8 überdurchschnittlich gut.

"Trotz dieses Erfolges besteht meiner Meinung nach Entwicklungsbedarf", fügt die Landtagsabgeordnete hinzu. Ich wünsche dem Verein Mehr Demokratie in Thüringen weiterhin alles Gute für seine Arbeit und hoffe das Sie noch mehr Mitstreiter gewinnen.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)

#### **Katja Wolf: Kürzungen bei Landeszentrale für politische Bildung unverantwortlich**



Angesichts der vorliegenden Zahlen zum Etatentwurf für die Landeszentrale für politische Bildung erklärt die Landtagsabgeordnete Katja Wolf: "Mit der Halbierung der Finanzen der Landeszentrale für politische Bildung für das Jahr 2011 zerstört die Landesregierung ein wichtiges Instrument zur Demokratiebildung und zur Auseinandersetzung mit Geschichte und Politik."

Die Kürzungen im Bereich "Veranstaltungen" bedeuten nach Meinung der Abgeordneten, dass in Zukunft ausstrahlungsfähige Konferenzen und Seminare z.B. zum Thema Rechtsextremismus, Kinderarmut oder Jugendkulturen, "mit denen sich die Landeszentrale auch bei Multiplikatoren/innen und Lehrer/innen einen Namen gemacht hat, nicht mehr stattfinden können". Auch die Cofinanzierung von Veranstaltungen der Bundeszentrale müssten damit in Zukunft entfallen, was das Angebot weiter schmälere. Zudem müsste die Reihe "Das politische Buch im Gespräch" nach vorliegenden Zahlen eingestellt werden, ein weiteres Markenzeichen der Landeszentrale würde wegfallen.

Als herben Schlag bezeichnet Wolf auch die vollständige Streichung der Reise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. "Dieses Bildungsangebot war Ausdruck unserer Bereitschaft, deutliche Verantwortung für die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus zu übernehmen. Wenn jetzt auch noch Projekte in Gedenkstätten gefährdet sind, muss die Frage gestellt werden, ob hier eine entsprechende Geschichtsarbeit überhaupt noch politisch erwünscht ist?"

Die LINKE-Politikerin fordert die anderen Fraktionen auf, sich über die Vertreter im Kuratorium stark zu machen für die Anliegen eines breit wirksamen, nachhaltigen und niedrigschwelligen Angebotes der Landeszentrale. "Diese kurzsichtige Rotstiftpolitik bei der politischen Bildung schadet Demokratie und verantwortlichem Umgang mit Geschichte und Politik", unterstreicht die Abgeordnete.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)

#### **Was versteckt sich hinter Eurogendfor mit EU-Besetzungsrecht?**



Von wegen Geheimarmee oder geheime Polizeieinsatzgruppen. Es gibt sie schon lange in der EU, nur wissen das die wenigsten. Die EU-Polizeitruppe gibt es längst – und sie hat weitreichende Befugnisse! Derzeit ist es eine schon 3000 Mann (!) starke europäische «Sondereingreiftruppe» unter dem zungenbrechenden Kürzel «Eurogendfor» (European Gendarmerie Force/Europäische Polizeitruppe). Das Kommando befindet sich im italienischen Vicenza, fernab von der EU-Zentrale! Ins Leben gerufen wurde die Truppe auf Initiative der früheren französischen Verteidigungsministerin Alliot-Marie, damit ausufernde Unruhen, wie sie in den französischen Städten immer wieder ausbrechen, künftig leichter unterdrückt werden können.

Der grosse Haken bei der Sache: Eurogendfor wird künftig europaweit nationales Recht und die nationale Souveränität der EU-Mitgliedstaaten aushebeln! Über den Einsatz in einem Mitgliedsland der EU entscheidet ein «Kriegsrat», der sich aus den Verteidigungs- und Sicherheitsministerien der an Eurogendfor beteiligten EU-



Länder und des betroffenen Staates zusammengefasst – so ist es in der «Gründungsurkunde» der neuen EU-Polizeitruppe, dem Vertrag von Velsen (NL), klar und deutlich geregelt.

Für Beobachter ist das klares EU-Besetzungsrecht. Denn wenn ein Einsatz in einem «befreundeten» EU-Staat erst einmal beschlossen ist, sind alle Gebäude und Gebiete, die von Eurogendfor-Einheiten in Beschlag genommen werden, immun und auch für Behörden des betroffenen Landes nicht mehr zugänglich. Faktisch herrscht damit EU-Besetzungsrecht. Aber es kommt noch schlimmer: Eurogendfor verfügt im Einzelfall nicht nur über polizeiliche, sondern auch über geheimdienstliche Kompetenzen und soll Ruhe und Ordnung im betroffenen Einsatzgebiet in enger Zusammenarbeit mit dem Militär (!) wiederherstellen. Im Bedarfsfall soll die Truppe alle erforderlichen Befugnisse und Mittel zur Verfügung haben, die nötig sind, um das jeweilige Mandat ausüben zu können.

Die europäischen Regierungen sind dank Eurogendfor fein raus. Sie können im Fall sozialer Unruhen oder anhaltender Grossdemonstrationen künftig auf die eigene Bevölkerung schießen lassen, ganze Gebiete unter militärische Quarantäne stellen und Rädelsführer aus dem Verkehr ziehen, ohne dazu eigenes Militär oder eigene Polizeikräfte heranziehen zu müssen, die sich möglicherweise mit den Demonstranten solidarisieren könnten. Eurogendfor wiederum kann dank seiner zivil-militärischen Ausnahmbefugnisse von niemandem belangt werden.

Möglich macht eine solch unglaubliche Konstellation übrigens erst der Vertrag von Lissabon, der nichts anderes als die umstrittene «EU-Verfassung» unter einem neuen Titel darstellt. Dank dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes haben deutsche Politiker, die das fragwürdige Vertragswerk im Bundestag nahezu einstimmig durchgewinkt haben, künftig ein Anhörungsrecht. Ein deutscher Politiker ernüchtert im privaten Gespräch: «Bei Eurogendfor wird man sich darüber herzlich amüsieren, wenn zum Beispiel über bundesdeutsche Bürgerunruhezentren wie Bottrop oder Neukölln in nicht allzu ferner Zeit der Ausnahmezustand verhängt werden würde.»

Quelle: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)



#### Forderung Matschies zur Rückkreisung von Eisenach völlig unglaubwürdig



\*Die Forderung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Matschie, dass Eisenach wieder in den Wartburgkreis zurückkehren soll und somit die Kreisfreiheit in Frage gestellt wird, ist richtig, aber völlig unglaubwürdig“, erklärt der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Frank Kuschel.

Der Parlamentarier aus dem Wartburgkreis verweist darauf, dass seine Fraktion bereits vor fast genau drei Jahren einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht hatte. Die SPD hatte sich damals einer sachorientierten Debatte verweigert und den Gesetzentwurf ohne eigene Vorschläge abgelehnt. Nunmehr prüft die

Linksfraktion ihren damaligen Gesetzentwurf nach einer Aktualisierung erneut in den Landtag einzubringen. \*Jetzt dürfte es für die SPD äußerst schwierig werden, unseren Vorschlag reflexartig abzulehnen“, betont Kuschel.

In diesem Zusammenhang werde DIE LINKE erneut ihre Vorschläge für eine grundsätzliche Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform thematisieren. Immerhin müsse neben Eisenach für alle weiteren kreisfreien Städte deren aktueller Status konkret betrachtet werden. Ohnehin seien die akuten Probleme der Kommunen nicht mit einzelnen Gebietszuschnitten zu lösen. So würden die Nöte von Eisenach nicht plötzlich durch eine Integration in den Wartburgkreis verschwinden. \*Das Land muss endlich seine Hausaufgaben machen und ein Leitbild vorlegen, anhand dessen sich die Gemeinden, Städte und Landkreise orientieren können. Nur dann lässt sich das Land umbauen und zukunftsfest machen“, fordert abschließend Kuschel



#### Gedanken eines Schülers

#### Kinderarmut und ihre Folgen



Meine Eltern sind nicht arm. Sie haben feste Arbeitsverhältnisse und verdienen ausreichend Geld um uns ein durchschnittliches untere-obere-Mittelklasse-Leben finanzieren zu können. Durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors und durch Hartz IV nimmt Armut jedoch immer mehr zu. Heute leben rund 7 Mio. Menschen von Leistungen auf dem Niveau der Sozialhilfe. Jedes vierte Kind unter 15 Jahren lebt in Armut. Das bedeutet, dass mittlerweile zwei Millionen Kinder auf Sozialhilfeniveau leben müssen. In manchen Städten Ostdeutschlands lebt jedes zweite Kind in Armut und jedes dieser Kinder wird seine Armut mit hoher Wahrscheinlichkeit auch an seine eigenen Kinder übertragen.

Der Hartz IV-Regelsatz für Kinder (bis 14 Jahre) beläuft sich auf 246 Euro pro Monat, der für Erwachsene auf 351 Euro. Das heißt, dass eine allein erziehende Mutter für sich und ihr Kind pro Tag zusammengerechnet 19,90 zur Verfügung hat. Geld, dass für Nahrung, Kleidung, Schulmaterialien, Spielzeug etc. reichen muss. Desweiteren gibt es mehrere Millionen Haushalte, die ihre unterdurchschnittlichen Löhne durch Hartz IV aufstocken müssen. Diesen geht es meist nur unweigerlich besser als denjenigen, die direkt auf Hartz IV angewiesen sind.

Wir an den Gymnasien, die wir zu weiten Teilen „aus gutem Hause“ stammen, merken davon kaum etwas, denn Kinder aus sozial schwächeren Familien schaffen es meist nicht einmal auf das Gymnasium. Studien zeigen, dass Grundschüler aus Akademikerhaushalten 29-mal häufiger eine Gymnasialempfehlung als Kinder von Arbeiterinnen und Arbeitern erhalten. Selbst bei gleichem Niveau in Lesen und Mathematik sind ihre Chancen im Durchschnitt viermal größer als bei Kindern aus Facharbeiterfamilien. Kinder aus Migrantenfamilien sind dabei besonders benachteiligt. Die Kultusminister der Länder vertuschen diese Ungerechtigkeit: Sie lassen gar nicht mehr untersuchen, ob Kinder aus bildungsfernen und finanzschwachen Elternhäusern bei der Schulwahl benachteiligt werden.

„Wir“ machen es den Schülern aus solchen Familien, die tatsächlich auf dem Gymnasium sind nicht einfacher, im Gegenteil: Diejenigen, die nicht mit dem Mainstream schwimmen und nicht jedem Trend hinterherhecheln können werden ausgegrenzt und teilweise gemobbt. Von einer solidarischen Klassengemeinschaft fehlt in den meisten

Fällen jede Spur. In so einer Atmosphäre fällt es jedoch schwer gute Leistungen zu erbringen und der Mangel an finanzierbaren Nachhilfemaßnahmen tut sein übriges, dass die meisten Kinder aus prekären Verhältnissen schon bald in die Real- oder Hauptschule abgeschoben werden und um den Faden konsequent weiter zu spinnen irgendwann in die Kriminalität abrutschen.

Dadurch verschwenden wir das Potential eines knappen Drittels unserer Jugend, Potential, dass dringend genutzt werden müsste, immerhin besteht unser einziger Trumpf in einer globalisierten Welt darin hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden, die auch im internationalen Konkurrenzkampf bestehen können. Die notwendigen Schritte (z.B. die Etablierung einer Gemeinschaftsschule, die Wiedereinführung eines polytechnischen Unterrichts, die Abschaffung der Studiengebühren und die Ausweitung des BAFögs) sind von den Regierungen der letzten Jahre nicht gegangen worden, im Gegenteil, unter Rot-Grün und der Großen Koalition kam es gar zu einer Verschärfung dieser Zustände.

Doch wenn es die Politik in absehbarer Zeit nicht hinbekommen wird, kann jeder zumindest im Kleinen seinen Beitrag leisten: Verdammt nochmal, hackt nicht immer auf Leuten rum, die nicht das Geld haben um sich ihre Klamotten sonst wo kaufen zu können, beleidigt sie nicht, weil ihre Eltern Hartz IV beziehen oder aus dem Ausland kommen; habt einfach den Anstand jeden Menschen vorurteilsfrei zu behandeln.

Von Tobias Wolfram (Linksjugend "SOLID" Eisenach, 16 Jahre)

diskutiere mit:



Verschlechterung der Krankenversorgung inakzeptabel



„Wer an den Kranken sparen will, sollte vor allem eines: Nämlich sich solche Vorschläge sparen“. So reagiert Linke-Landtagsabgeordnete Katja Wolf auf das neue Gutachten zur Krankenhausplanung in Thüringen. Natürlich, so Wolf, sei es einfacher ganze Abteilungen zu schließen, statt sich intelligente Lösungen zu überlegen. Der Nachteil sei allerdings, dass durch diese Vorschläge ganze Regionen von bestimmten Bereichen der medizinischen Versorgung abgehängt würden.

In der kompletten Wartburgregion wäre, folgte man den Vorschlägen des Gutachtens, dann keine urologische Abteilung mehr zu finden. Und das könne nicht sein. Überdies gibt die Eisenacherin zu bedenken: Weitere Fahrten kämen ja auch nicht nur auf die Patienten, sondern auch auf deren Angehörige zu. Sie blickte jedoch nicht nur mit Sorge auf das Eisenacher Krankenhaus – auch die Schließung der Kinderabteilung in Bad Salzungen sei für die Betroffenen nicht hinnehmbar.

DIE LINKE fordert, das Gesundheitswesen solide zu finanzieren und nicht durch solche unausgegorenen Sparvorschläge auf Kosten der Kranken retten zu wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Wolf (MdL)



**Arbeitslose, wenn sie euch jetzt durch neue kommunale Zwangsarbeitsdienste den Rest an Menschenwürde nehmen wollen, den sie euch noch gelassen haben, dann gibt es nur eines:  
Leistet Widerstand!**

Hartz IV-Empfänger, wenn sie euch nicht mehr Rentenversichern, weil sie der Auffassung sind, dass ihr ohnehin nicht so alt werden braucht, dann gibt es nur eines:  
Leistet Widerstand!

Eltern, wenn sie euch die Unterstützung für die Kindererziehung nehmen wollen, weil sie statt in die Zukunft eurer Kinder in die Zukunft systemrelevanter Banken und Unternehmen investieren, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Wohngeldempfänger, wenn sie euch den Heizkostenzuschuss streichen, weil sie meinen, dass es in Deutschland durch die Klimakatastrophe und längere AKW-Laufzeiten warm genug ist, dann gibt es nur eines:  
Leistet Widerstand!

Familien, wenn sie euch weismachen, dass ihr auch aus eigenem Verschulden als Leistungsempfänger bei den Tafeln euer Essen müsst, während die sogenannten Leistungsträger an den anderen Tafeln tafeln können, dann gibt es nur eines:  
Leistet Widerstand!

Kinder, wenn sie euren Eltern jetzt auch das Elterngeld von Hartz IV nehmen, obwohl sie wissen, dass über 1,3 Millionen Kinder in Deutschland von Armut betroffen sind, und sie euch vorlügen, dass ihr trotzdem die gleichen Chancen wie andere Kinder habt, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Alleinerziehende Mütter, wenn ihr tagsüber mit euren Kindern durch die Innenstädte irrt, damit euch zuhause nicht die Decke auf den Kopf fällt, ihr von den letzten zwei Euro vierzig eurem Kleinkind ein Gebäckstück beim Bäcker kauft, und abends dann im Fernsehen hört, dass Deutschland ein Kinder- und Familienfreundliches Land ist, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Deutsche, wenn sie euch wieder einmal demagogisch vorgaukeln, dass an der Krise nicht das herrschende Profitsystem von Banken und Unternehmen schuld ist, sondern eure ausländischen Nachbarn, denen es oft noch schlechter geht als euch, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

Bürgerinnen und Bürger, wenn sie euch immer wieder predigen, dass ihr über eure Verhältnisse gelebt habt, obgleich ihr genau wisst, dass die herrschenden Verhältnisse andauernd von uns leben, dann gibt es nur eines:

Leistet Widerstand!

**Widerstand!!!**

